

Bernd-Jürgen Wendt

Historische Aspekte der englischen Arbeiterbewegung

Ein Literaturbericht

Wer die englischen Gewerkschaften heute begreifen will, tut gut daran, sich intensiv mit ihren geschichtlichen Wurzeln im 18. und 19. Jahrhundert zu beschäftigen. Denn die Struktur des modernen Gewerkschaftswesens ist kaum verständlich ohne genauere Kenntnis vergangener und vielfach noch ungebrochen bis in die Gegenwart nachwirkender Erfahrungen aus der Zeit der Industriellen Revolution und des liberalen Frühkapitalismus und vor allem auch ohne Einblick in die reiche Palette lokaler und partikularistisch-branchenspezifischer Traditionen. Kernbegriffe der englischen Arbeiterbewegung wie ›restrictive practices‹, ›craft unionism‹, ›closed shop‹, ›abstention of law and of State‹, ›job reservation‹, ›demarcation disputes‹, ›apprentice restriction‹, ›sectionalism‹ oder ›voluntary collective bargaining‹ verweisen auf eine bald zweihundertjährige Entwicklung, die sich — abweichend zur deutschen — durch ein hohes Maß an Kontinuität und Beharrungskraft gesellschaftlicher Institutionen und Erscheinungsformen auszeichnet, die auf uns heute vielfach wie Monumente einer industriegeschichtlichen Urzeit mit deutlich noch handwerklichem Einschlag wirken mögen. Der Historiker der englischen Arbeiterbewegung steht zunächst entsprechend hilflos vor einem Entwicklungsstrom, der nicht nur eine starke branchenmäßige Differenzierung aufweist, sondern sich, je weiter wir ihn ins 18. und beginnende 19. Jahrhundert zurückverfolgen, um so unübersichtlicher in viele einzelne Quellenströme sorgfältig konservierter lokaler Autonomien und sektionaler Sondererscheinungen auflöst. Wertvolle einführende Hinweise auf die damit aufgegebenen Vielfalt von Forschungsperspektiven vermittelt die Aufsatzsammlung des Wirtschaftshistorikers *A. E. Musson* aus Manchester¹. Das Buch bietet im ersten Teil (Kap. 1—4) einen generellen Überblick über die Grundzüge der Gewerkschaftsgeschichte von der Industriellen Revolution bis zur Gegenwart. Locker aufgelistet, erscheinen die unabdingbaren ideologischen, sozioökonomischen, politischen und rechtlichen Aspekte einer jeden Geschichtsschreibung über die Trade Unions; nachgezeichnet werden die Entwicklungstrends einmal im 19. Jahrhundert zwischen vorläufiger (1825) und endgültiger (1875) Legalisierung mit den Auseinandersetzungen über das freie Assoziationsrecht und die korporative Rechtsfähigkeit dieser Assoziationen, zum anderen die Trends in der modernen Gewerkschaftsbewegung seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert und schließlich die Entstehungsgeschichte des gewerkschaftlichen Dachverbandes TUC 1868. Der zweite Teil des Buches (Kap. 5—7) behandelt aus frühgewerkschaftlicher Sicht und der einer frühen Arbeitgeberorganisation die Sozialbeziehungen in zwei besonders traditionsreichen und exklusiven ›crafts‹ — im Druckerei- und im Schriftgießergewerbe — sowie eine der wesentlichen politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht nur für die Entfaltung dieser beiden Handwerke, sondern für die Emanzipation der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert schlechthin: den Kampf um die Pressefreiheit. Die generell an sich bei der Dokumentation von frühen ›independent local trade clubs‹ oder ›local unions‹ spezifischer Gewerbebranche recht schwierige

¹ *A(lbert) E(dward) Musson, Trade Union and Social History*, Frank Cass and Comp. Ltd., London 1974, IX, 211 S., Ln., £ 8.25.

Überlieferungslage in den sogenannten ›branch records‹ ist beim Druckereihandwerk ausnahmsweise relativ problemlos. Auch lassen sich hier frühgewerkschaftliche Formen der Selbstverteidigung zur Absicherung von Lebensstandard und Arbeitsplatz in einer Zeit raschen technologisch-industriellen und ökonomisch-sozialen Wandels wie die künstliche Verknappung des Arbeitskräfteangebots durch Beschränkung der Lehrlingsausbildung (›apprentice restriction‹) oder auch Formen der Maschinenstürmerei, wie sie vielfach noch bis heute vorkommen, besonders gut auf ihre frühkapitalistischen Ursprünge zurückverfolgen. Der Kampf um die Pressefreiheit, um die Beseitigung steuerlicher Restriktionen wie der berühmten ›taxes on knowledge‹, der Stempel- und Papiersteuern, sowie gegen das ›law on seditious libel‹ war als wichtiger Teil des evolutionären Verfassungswandels im 19. Jahrhundert hin zum bürgerlich-liberalen Staat einmal verbunden mit der immer lauter werdenden Forderung nach Öffentlichkeit des Parlamentes und zum anderen Ausdruck der Allianz zwischen politischem Reformradikalismus der ›middle class‹ und einer sich politisierenden Arbeiterbewegung in gemeinsamer Frontstellung gegen die ›landed aristocracy‹. Im dritten Teil (Kap. 8—9) beschäftigt sich Musson mit zwei weiteren konstitutiven Elementen der frühen Arbeiterbewegung, den Wurzeln der Ideologie des Genossenschaftswesens (›co-operation movement‹) in Lancashire und Cheshire noch vor den Pionieren von Rochdale (1844) und den sozialen Verhältnissen im frühen Fabrikssystem, dargestellt an den ebenso berühmten wie in ihrem Aussagegehalt über die frühindustrielle Arbeitswelt umstrittenen Memoiren von Robert Blincoe. Mit Nachdruck stellt Musson das Dilemma des Owenismus und damit der gesamten Genossenschaftsbewegung heraus: eine neue und perfekte Gesellschaft auf genossenschaftlicher Grundlage unter den einschränkenden Bedingungen einer tradierten Klassengesellschaft mit festgefühten Besitz- und Kapitalverhältnissen rational schaffen zu wollen. Die (von John Brown verfaßte) Vita R. Blincoes war als klassisches Dokument unmenschlicher Kinderarbeit im frühen Fabrikssystem keineswegs ein isoliertes Beispiel, in den dreißiger Jahren aber vorzüglich geeignet, um die breite Öffentlichkeit für die Mißstände der Frühindustrialisierung zu sensibilisieren. Sie gibt jedoch, wie noch weiter unten an den Untersuchungen von *Thomis*² zu zeigen sein wird, dem Sozialhistoriker die u. a. seit den *Hammonds*³ in der Forschung sehr umstrittene Frage auf, wie weit die zeitgenössischen Berichte über die Fabrikarbeit verlässlich und zu verallgemeinern sind und wie weit die dargestellten Zustände nur Ausfluß fabrikherrlicher Willkür und Börsartigkeit gewesen sind oder nicht auch eher Resultat administrativen Unvermögens und immanenter soziostruktureller Mängel einer industriellen Umbruchsphase.

Der Sozialhistoriker wird, sobald er sich mit einem gegenüber der deutschen Entwicklung ungleich reicher differenzierten und komplexen Gebilde wie dem britischen Gewerkschaftswesen beschäftigt, nicht nur inhaltliche Anregungen bei einem problemorientierten Katalog von Sachaspekten, wie sie Musson bietet, suchen, sondern auch bei den systematischen Sozialwissenschaften wie der Industriesoziologie, die einen hohen Standard in England hat, anfragen müssen, wie weit hier bereits angemessene theoretische Raster und Modelle erarbeitet sind, um die geschichtlich gewachsene gewerkschaftliche Vielfalt unter generalisierte Aussagen subsumieren, sie gleichsam auf ihre Grundmuster (›patterns‹) kondensieren zu können, ohne jedoch die individuellen Erscheinungsformen allzu stark einzuebneten. Einen sehr anregenden Versuch strukturell-funktionaler und rollentheoretischer Analyse der ›industrial relations‹, ihrer Träger und Institutionen in dieser Richtung unternimmt unter international vergleichendem Aspekt der Soziologe *J. A. Banks* von der Universität Leicester⁴. Banks geht

2 *Malcolm I. Thomis*, *The Town Labourer and the Industrial Revolution*, B. T. Batsford Ltd., London/Sydney 1974, VI, 247 S., kart., £ 2.00; Ln., £ 4.00.

3 *J. L. and Barbara Hammond*, *The Town Labourer*, London 1917.

4 *J(oseph) A(mbrose) Banks*, *Trade Unionism* (= *Themes and Issues in Modern Sociology*, ed. by J. Floud and J. Goldthorpe), Collier-Macmillan Publishers, London 1974, VI, 138 S., Ln., £ 1.50.

von drei zentralen Aspekten des Gewerkschaftswesens aus: Gewerkschaften als Instrumente des ›collective bargaining‹ (infolge seiner ungleich weiteren inhaltlichen Bandbreite nur sehr ungenügend mit ›Tarifverhandlungen‹ zu übersetzen); als ›pressure groups‹ zur Durchsetzung sozialen Wandels und als Plattform zur Entfaltung einer ›democratic participation‹. Dieser dreifache funktionale Ansatz wird in jedem der drei Abschnitte des Buches wiederum in drei Richtungen vertieft; das jeweils erste Kapitel eines Abschnittes beleuchtet die genannten Grundaspekte aus der theoretisch-generalisierenden Position des Soziologen: ›The Sociology of Industrial Relations Systems‹ — ›The Sociology of the Trade Union Movement‹ — ›The Sociology of Democratic Organization‹. In einem nächsten Schritt wird die sozialwissenschaftliche Theorie konkret erprobt am empirischen Befund in Großbritannien: ›Collective Bargaining in Britain‹ — ›Welfare Unionism in Britain‹ — ›Union Democracy in Britain‹. Daran schließt sich drittens die komparative Erprobung in jeweils ganz unterschiedlichen Sozialsystemen: das ›collective bargaining‹ in Rußland und Jugoslawien — der ›business unionism‹ in den USA — die Gewerkschaftsorganisationen im anglophonen Bereich Afrikas. Die Zusammenfassung im Schlußkapitel leitet über in den Versuch, aus den Ergebnissen eine Prognose für den Fortbestand des sozialen Systems der ›industrial relations‹ in England herzuleiten.

Als Grundstruktur der ›industrial relations‹ arbeitet Banks in kritischer Auseinandersetzung mit führenden britischen und amerikanischen Industriesoziologen wie Dunlop, Flanders, Fox und Margerison und auch mit der Systemtheorie Parsons' drei ›sets‹ von relativ stabilen wechselseitigen sozialen oder auch Rollenbeziehungen heraus: die hierarchisch gegliederte und durch den unaufhebbaren Grundkonflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gekennzeichnete kapitalistische Betriebsorganisation — die wenigstens vom Anspruch her egalitär strukturierte Gewerkschaftsorganisation — das ›collective bargaining‹ als Beziehungs- und Interaktionsgefüge zwischen Betrieb und Gewerkschaften auf den verschiedensten Verhandlungsebenen und in abgestufter Formalisierung. »The institutional analysis of industrial relations, condensed to its essentials in this diagram (i.a.p. 80), implies that each of the three sets of inter-role relationships — collective bargaining, enterprise organization and union organization — forms a role system in the sociological sense, for all that each to some degree impinges upon the others«. Innerhalb dieses stark schematisierten und statischen sozialen Interaktionsdiagramms der ›industrial relations‹ und bei seiner anschließenden Übertragung auf die konkreten britischen Verhältnisse (wobei auch der Report der ›Royal Commission on Trade Unions and Employers' Associations 1965—1968‹, kurz: Donovan-Report, einer kritischen Würdigung unterzogen wird) diskutiert Banks vor allem folgende Problemfelder: den Sozialkonflikt als Belastungsprobe sowohl für die ›inter-role relationships‹ in den einzelnen Subsystemen als auch für das ›role system‹ insgesamt — die Rolle der individuellen Persönlichkeit und die Bedingungen einer Dynamisierung und tendenziellen Veränderung des Systems und seiner Beziehungen (einer der besonders umstrittenen Punkte in der Systemtheorie!) — Rolle und Funktion der Shop Stewards in jedem der drei ›sets‹ mit der Möglichkeit auch des Rollenkonflikts — die unterschiedlichen Ebenen des ›collective bargaining‹ — die externen Eingriffsmöglichkeiten der Regierung. Dabei erscheint das Beziehungsgefüge auf der Ebene der Gewerkschaftsorganisation noch relativ konfliktfrei, wenngleich Banks hier im dritten Abschnitt über innergewerkschaftliche Partizipationschancen und Bürokratisierungsdefekte manche empirischen Abstriche am egalitären Modell macht. Dagegen führt innerhalb der ›enterprise organization‹ und des ›collective bargaining‹ der Basiskonflikt zwischen ›Kapital‹ und ›Arbeit‹ resp. den jeweils Beauftragten als Rollenträgern nur deshalb nicht zur Sprengung des sozialen Systems, weil die Kontrahenten stets (vor allem in Tarifverhandlungen) auf halbem Wege im Kompromiß und zeitweiligen ›Waffenstillstand‹ innehalten und so etwas wie ein labiles, systemerhaltendes (freilich auch jederzeit aufkündbares) Gleichgewicht wahren. »Neither party to the process of bargaining, indeed intends to alter fundamentally the relationships which operate within the systems which it

links«. Nach *Flanders*⁵, dem Banks hier folgt, und auch nach *Clegg*⁶ sind ›industrial agreements‹ nur »compromise settlements of power conflicts«⁷.

Die Analyse der Gewerkschaften als Instrumente sozialen Wandels sucht zu vermitteln zwischen zwei Extrempositionen, nach denen die Gewerkschaften entweder nur reagieren auf ökonomisch-soziale, politische oder auch technologisch-industrielle Herausforderungen, die unabhängig von ihnen gegeben sind, und damit gleichsam nur ›Geschöpfe‹ des sozialen Wandels sind, funktional allein darauf abgerichtet, das ihnen aufgegebenes soziale System zu erhalten (›deterministic conception‹), oder den sozialen Wandel mehr oder minder selbst aktiv mit herbeizuführen, wobei gewerkschaftliche Militanz und die Arbeiterklasse allgemein geradezu zu allein auslösenden Faktoren dieses Wandels werden können (›voluntaristic conception‹). »The problem, in brief, is to devise a theory which will indicate just how much of history is determined by processes beyond human control and how much is consciously willed«. Nach Banks handeln Gewerkschaften gleichsam dialektisch, indem sie einerseits die Rahmenbedingungen (wie die technische und soziale Ausgestaltung des Arbeitsplatzes, die Marktdeterminanten des Betriebes, die gesellschaftliche Macht der Handlungsträger über den Betrieb hinaus, das System des Privateigentums und daraus abgeleitete Lenkungsfunktionen) in ihr Handeln deterministisch mit einzubeziehen haben, zum anderen aber auch ihrerseits stets erheblich auf eine Verbesserung dieser Rahmenbedingungen aktiv einwirken. Bevorzugte Mittel dieser Einwirkung sind das ›collective bargaining‹ als Herbeiführung eines zeitweiligen, kompromißhaften — teils formellen, teils informellen — Konsenses zwischen den Sozialparteien über Lohn- und Arbeitsbedingungen im weitesten Sinne, die ›productivity agreements‹, d. h. Produktivitätsabkommen, die wieder straffer die Entlohnung und die Arbeitsplatzeinstufung an die individuelle Leistung binden sollen, sowie abgestufte gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen oder Druck auf gesamtpolitischer Ebene zwecks Durchsetzung von Nationalisierungsforderungen.

Eingehend werden die Einwirkungskanäle und Adressaten gewerkschaftlicher Veränderungsstrategien und ›pressure-group‹-Aktivitäten hin zum Wohlfahrtsstaat erörtert: Seit dem Zweiten Weltkrieg waren es immer weniger die betriebliche oder auch parlamentarisch-legislative Ebene als vielmehr Exekutive und Ministerialbürokratie. Dabei kam es schon seit 1940 — weitgehend damals kriegsbedingt — vielfach zu einer auch personellen Verflechtung von Gewerkschaftseliten und Regierungsapparat, eine Erscheinung, die auch in den USA zu beobachten ist. »[. . .] The second half of twentieth-century Britain has witnessed the leaders of such movements [i. e. pressure group movements], trade unionists amongst them, walking the corridors of Whitehall rather than those of Westminster«. Es blieb somit nicht aus, daß sich gewerkschaftliche Aktivitäten — in der Tradition des englischen ›trade unionism‹ — eher auf pragmatisch-kurzfristige Verbesserungen des Lebensstandards als auf eine Transformation der Sozialstruktur richteten. Die Frage nach einer erfolgreichen Durchsetzungsfähigkeit gewerkschaftlicher Reform- und Gegenmachtstrategien gegenüber einem immer stärker vermachteten und konzentrierten ›Kapital‹, aber auch gegenüber einer keineswegs immer klassenneutralen Staatsbürokratie führt unmittelbar in das Problem, wie sich eine im Gegenzug wirkungsvolle gewerkschaftliche Konzentration und Machtbündelung an der Spitze und demokratische Partizipationschancen an der Basis miteinander in Einklang bringen lassen. Über dem entsprechenden Abschnitt III. steht als Motto das bekannte Wort R. Michels': »Wer Organisation sagt, sagt Oligarchie«. Sind Verbürokratisierung, Hierarchisierung und Professionalisierung der Gewerkschaftsführung und ein damit einhergehender zu-

5 *Allen Flanders*, *Bargaining Theory: The Classical Model Reconsidered*, in: *Ben. C. Roberts* (Ed.), *Industrial Relations: Contemporary Issues*, Macmillan, London 1968, S. 9.

6 *H. A. Clegg*, *The System of Industrial Relations in Great Britain*, B. Blackwell, Oxford 1972.

7 Vgl. auch *Bernd-Jürgen Wendt*, *Industrial Democracy. Zur Struktur der englischen Sozialbeziehungen*, in: *aus politik und zeitgeschichte* B 46/75 vom 15. November 1975.

nehmender Kontaktverlust zur betrieblichen und Mitgliederbasis, wie bereits die Webbs prophezeiten, der notwendige Preis für eine optimale Effektivierung gewerkschaftlicher Gegenmacht im ›collective bargaining‹, aber auch gewerkschaftlicher Reformarbeit in der Parlamentslobby und in der staatlichen Administration? Mit dem Ruf nach demokratischer Kontrolle einer der Basis entfremdeten und vielfach schon unlösbar mit der Staatsmacht verfilzten Gewerkschaftsbürokratie ist zweifellos ein Grundproblem nicht nur in kapitalistischen, sondern auch in sozialistischen Staaten angesprochen. Hier wird wiederum die zentrale Funktion des Shop Stewards⁸, einer für die englischen Sozialbeziehungen so charakteristischen Mischung aus Betriebsrat und gewerkschaftlichem Vertrauensmann, deutlich, und zwar zentral für jedes der drei angesprochenen Interaktionsgefüge: In der Betriebsorganisation fungiert er als Vertrauensmann der Arbeitsgruppe gegenüber der Betriebsleitung; im ›collective bargaining‹ vertritt er in der Regel auf der unteren Ebene des ›workshop bargaining‹ den ›branch secretary‹ im Aushandeln von Arbeitsbedingungen ›vor Ort‹, von betrieblichen Zusatzleistungen, Prämien, Überstunden usf.; innerhalb der Gewerkschaftsdemokratie stellt er das Verbindungsglied dar zwischen dem einfachen Mitglied, dem Betrieb und der gewerkschaftlichen Bürokratie vom ›branch secretary‹ aufwärts. Sogenannte ›unofficial‹ (von den Gewerkschaften nicht ausdrücklich genehmigte) und auch ›unconstitutional‹ (nicht den ›procedure agreements‹ entsprechende) Streiks oft unter Führung von Shop Stewards signalisieren in der Regel Konfliktpotentiale und Bruchzonen in allen drei Beziehungsgefügen: nicht nur im Betrieb und auch nicht nur in den Tarifbeziehungen, sondern gerade auch in den innergewerkschaftlichen Willensbildungsprozessen mit ihrer an sich angenommenen Homogenität.

Ungeachtet aller ideologischen und sozioökonomischen Unterschiede und auch der unterschiedlichen Verhandlungsgegenstände sieht Banks gerade im Auftauchen und in den Aktivitäten des »shop floor representative as a crucial role-player« und in den damit zum Ausdruck gebrachten Spannungspotentialen sowohl gegenüber der Betriebsführung als auch der Gewerkschaftsbürokratie ein gemeinsames Wesensmerkmal des staatssozialistischen Systems in Rußland, des mehr am Rätmodell orientierten jugoslawischen Systems und der kapitalistischen Ordnung in Großbritannien. Aus den zunächst systemtheoretisch vorstrukturierten und dann empirisch wie auch komparatistisch konkretisierten Befunden der Teile I—III (collective bargaining, social change, democratic participation) glaubt Banks — dies dürfte inmitten der düsteren Prophezeiungen, England bewege sich unausweichlich hin auf eine allmächtige Gewerkschaftsdiktatur, durchaus mit Interesse aufgenommen werden — insgesamt eine günstige Prognose für den Fortbestand und die Beharrungskraft des überkommenen sozialen Systems der ›industrial relations‹ ableiten zu können: »Just as the amount of workers' control envisaged for the enterprise stops short of abolishing directors altogether, so the control for the economy stops short of abolishing the political machine; and as the trade unions move into the twenty-first century these two limitations on the horizon of their objectives indicate the extent to which trade unionism as a social philosophy accepts the class system which the passing of classical capitalism has bequeathed to the industrial employee. For all that its emphasis is collectivist it does not envisage a classless, collectivist society as a likelyhood, or even a possibility«.

Ungeachtet der unumstrittenen geschichtlichen Tatsache, daß Gewerkschaften von Anfang an den ökonomischen Individualismus zugunsten kollektiver Entscheidungsfindung zurückgedrängt haben, sieht Banks doch keine Anzeichen »that in the foreseeable future their efforts to change the economic system are going to result in a form of collectivism without class or interest conflicts to succeed the capitalist system which initially gave rise to trade unionism«.

Musson und Banks dürften jeder auf seine Weise — der Wirtschaftshistoriker Musson durch

8 Vgl. unten Günther R. Degen, Shop Stewards. Ihre zentrale Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien (= Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung 6), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1976, 539 S., kart., 28 DM.

seine mehr empirische Aspektvielfalt, der Soziologe Banks durch sein systemtheoretisches, wenngleich recht ahistorisches Reflexionsniveau über die ›industrial relations‹ — den Boden bereitet haben zur Einordnung der im folgenden vorzustellenden Bücher. Dabei werden zunächst in Veröffentlichungen zur *Frühgeschichte* der Arbeiterbewegung die schon von Musson angesprochene ›Lohnfondstheorie‹ als Teil der ›Political Economy‹ in ihrer Bedeutung für frühgewerkschaftliche Strategien und entsprechende frühkapitalistische Abwehrmechanismen sowie das ebenfalls bereits erwähnte Problem von Lebensstandard und Lebensqualität während der Industriellen Revolution im Vordergrund stehen.

Einen umfassenden und quellennahen Einblick in die Unternehmerideologie des 19. Jahrhunderts vermitteln die Artikel aus fünf eindeutig, wenn auch mit abgestufter Intensität, dem Klassenstandpunkt und der Klassischen Nationalökonomie eines A. Smith und J. St. Mill verpflichteten Zeitschriften aus der Periode zwischen der Aufhebung der Combination Acts 1824 und der endgültigen Legalisierung der Gewerkschaften nach 1870, die *Gerald W. Crompton*, Wirtschaftswissenschaftler an der University of East Anglia (Norwich) als Reprints einer interessierten Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht hat⁹. Zwar ist ein Wandel hin zur Akzeptierung der Gewerkschaften als autonomer und im System der ›industrial relations‹ funktional unverzichtbarer Sozialpartner und auch eine Anerkennung ihres ›Reifeprozesses‹ im Sinne einer Anpassung an die kapitalistische Ordnung über das hier publizistisch sehr dicht vorgestellte halbe Jahrhundert mit seinen tiefgreifenden Veränderungen in Ökonomie, Staat und Gesellschaft ebenso unverkennbar wie eine Abstufung in der Härte des Klassendenkens etwa zwischen der ›Edinburgh Review‹ und dem ›Blackwood's Magazine‹ auf der einen und der ›Westminster Review‹ auf der anderen Seite, dennoch fallen die Konsistenz in der Thematik ebenso wie die Aktualität der Argumentation auf: Funktion und Handlungsspielraum kollektiver gewerkschaftlicher Interessenvertretung im Kontext der klassischen Politischen Ökonomie und der ihr als Kern zugeordneten Lohnfondstheorie. Dabei könnten viele der vom damaligen Wirtschaftsliberalismus gegen gewerkschaftliche Lohnpolitik und Monopolisierung des Arbeitsmarktes ins Feld geführten Argumente unmittelbar auch den neoliberalen Positionen im Arbeitgeberlager heute entstammen. Nach der klassischen Lehre pendeln sich Preise und Einkommen, Produktion und Verteilung sowie der Verbrauch autonom im freien Spiel der Wirtschaftskräfte, in dem durch Selbstverantwortung und Eigeninteresse gesteuerten Entscheidungsfeld einer liberalkapitalistischen Unternehmerschaft auf dem Boden des Privateigentums sowie im weitgehend staatsfreien Raum in einem natürlichen Gleichgewicht so ein, daß der ›Wealth of Nations‹ nahezu automatisch garantiert ist. In diesem Zusammenhang geht die in der vorliegenden Publikation unermüdlich beschworene ›Lohnfondstheorie‹ davon aus, daß die unter den gegebenen Produktionsverhältnissen einer Volkswirtschaft für die Entlohnung der Arbeiter nach Abzug des Unternehmergewinns und der Reinvestitionen verfügbare Menge des liquiden Lohnkapitals mehr oder weniger starr feststeht und daß sich die gesamtwirtschaftlich durchschnittliche ›Lohnrate‹ rein schematisch aus der Division des ›Lohnfonds‹ durch die Anzahl der Beschäftigten ergibt. Mithin pendelt sich also — jedenfalls der Theorie nach — die Lohnhöhe im freien und fairen Wettbewerb der Marktkräfte ohne staatliche oder gewerkschaftliche Eingriffe stets auf einem ›natürlichen Stand‹ (›a fair day's wage for a fair day's work‹) ein zwischen der Gewinnerwartung des ›Kapitals‹ und einem gewissen Akkumulationsanreiz einerseits (›fair profit‹) und dem Subsistenzminimum für die Reproduktion der ›Arbeit‹ (›fair rate of wages‹) andererseits. Die Lohnhöhe kann aber nicht oder nur zum schweren Schaden für die gesamte Volkswirtschaft wie Kapitalflucht, internationale Wettbewerbsnachteile, Geschäftszusam-

9 Trade Unions in the Victorian Age. Debates on the Issue from 19th Century Critical Journals. With an Introduction by *Gerald W. Crompton*, Vol. I: 1823—1834, Vol. II: 1838—1852, Vol. III: 1854—1864, Vol. IV: 1865—1870 (= Victorian Social Conscience), Gregg International Publishers Ltd., Farnborough 1973, unpaginiert, Ln., je £ 8.00.

menbrüche, Zerstörung der nationalen Ressourcen und damit auch für die Arbeitsplätze selbst durch Forderungen von Arbeiterkoalitionen beeinflusst werden. Der Handlungsspielraum gewerkschaftlicher Lohnpolitik war also aus der Sicht der Politischen Ökonomie, wie sie vor allem in England nahezu ein Jahrhundert als ideologische Leitlinie in der Ausgestaltung der ›industrial relations‹, wenn auch mit erheblichen Abwandlungen in der Praxis, verfochten worden ist, theoretisch minimal: Lediglich im konjunkturellen Aufwind konnten die Gewerkschaften subsidiär in Antizipation wachsender Produktion, steigender Unternehmergewinne und eines damit ›natürlich‹ vergrößerten Lohnfonds das Einpendeln der Löhne auf einem höheren ›natürlichen Niveau‹ beschleunigen bzw. eine ›unnatürliche‹ Senkung verhindern, gleichsam also das automatische Wirtschaftsgetriebe (›self-acting machinery‹) vom Reibungswiderstand begriffsstutziger, weil künstlich die zu erwartende automatische Lohnerhöhung blockierender Kapitalistengehirne befreien und damit selbst eine Art Nachhilfeunterricht in Politischer Ökonomie für widerborstige Unternehmer erteilen. Ansonsten wohnte den Gewerkschaften stets mit dem Ausreifen der Politischen Ökonomie und ihrer wachsenden Verbreitung ein Trend zur Selbstaflösung und zur Überflüssigkeit inne. Jeder kollektive Eingriff in die freie Zirkulation der Arbeit und in den freien Lohnkontrakt durch ›restrictive practices‹ wie Streiks, ›picketing‹, ›job control‹ und andere Formen einer künstlichen Verknappung des Arbeitskräfteangebots oder durch Verweigerung des Akkords und Einebnung der Lohnunterschiede war nicht nur ein Einbruch in die ›managerial prerogatives‹, sondern führte automatisch zur Zerstörung von Arbeitsplätzen durch forcierten Kapitalabzug oder zur Lohnkosten sparenden Rationalisierung und Mechanisierung. Allerdings meldete schon J. St. Mill damals erhebliche Bedenken gegen diese zu enge und gewerkschaftsfeindliche Auslegung der ›Lohnfondstheorie‹ an und korrigierte sich damit selbst, indem er mit Recht darauf hinwies, daß die Gewerkschaften zwischen der oberen und der unteren Lohngrenze, da diese eben theoretisch nur schwer zu bestimmen sei, ein sehr weites Aktionsfeld hätten und daß die vage Formulierung des Kernbegriffes ›fair‹ einen breiten und nicht theoretisch, sondern nur durch aktive gewerkschaftliche Lohnpolitik auszufüllenden Ermessensspielraum biete. Variationsreich und auch hier für die Unternehmerideologie grundsätzlich und zukunftsweisend bis heute wurde schon damals der Weg zum sozialen Frieden ausgemalt: freiwillige Geburtenbeschränkung, Auswanderung als soziales Ventil, Arbeitszeitverkürzung, Erziehung zur Verinnerlichung der Gesetze der Politischen Ökonomie (›benevolence under the guidance of science‹) auch in der Arbeiterschaft, Schaffung einer Interessenidentität von ›Kapital‹ und ›Arbeit‹ durch die mannigfaltigen und bis heute vieldiskutierten Formen der Partizipation (›participation‹) und der Kapitalakkumulation in Arbeitnehmerhand wie Kapital- und Umsatzbeteiligung (›co-partnership‹, ›profit-sharing‹), Sparkassen (›saving banks‹) oder das Genossenschaftswesen (›co-operation‹). Unüberhörbar klingen aber auch hier schon die für die englische Arbeiterbewegung ebenfalls bis heute aktuellen Bedenken an, wie weit diese Form der ›Mitbestimmung‹ und des Hineinwachsendens in die Rolle des Kleinkapitalisten nicht mit der Tarifautonomie, dem kollektiven Tarifvertrag (›free collective bargaining‹) als traditionsreichem Kernbestandteil einer mehr konfliktorientierten ›industrial democracy‹ kollidiert. Auch die Vor- und Nachteile des freiwilligen Schlichtungswesens und der Schiedsgerichtsbarkeit (›conciliation and arbitration‹) werden unter strikter Ablehnung der Zwangsschlichtung ebenso diskutiert wie — im Zusammenhang mit der Wahlrechtsreform von 1867 und der Einsetzung einer ›Royal Commission on Trade Unions‹ im gleichen Jahr — das Für und Wider einer Erweiterung des Wahlrechts und der politischen Partizipation gleichsam als Prämie für eine künftige Verinnerlichung der Normen der Politischen Ökonomie und für eine daraus dann resultierende fortgeschrittene ›Reife‹ der Arbeiterbewegung sowie das Problem einer rechtlichen und staatlichen Sanktionierung der Gewerkschaften und ihrer Aktivitäten. Lang dagegen ist der Sünden katalog, umfassend der Versuch einer Kriminalisierung frühgewerkschaftlicher Aktivitäten auch noch lange nach der formalen Legalisierung in der Mehrzahl der Periodika: ›zaristische‹ Tyrannei gegen Nichtorganisierte, ›worst of democra-

cies«, Geheimbundcharakter, »Staat im Staate« ohne gesetzliche Legitimation und politische Kontrolle, Korruption, Entmündigung des Individuums, fortschritts hemmende Nivellierungstendenzen, Zerstörung der Arbeitsmoral, Sittenverfall usw. Kritische Einwände gegen die Lohnfondstheorie und den Wirtschaftsliberalismus, Rechtfertigungsversuche gewerkschaftlicher Gegenmachtetfaltung und Streikaktivitäten als Mittel der Selbstverteidigung im Frühkapitalismus gegen Monopolisierungs- und Konzentrationstendenzen auf der Arbeitgeberseite und auch moralisch motivierte Angriffe gegen die ungerechte Verteilung des Reichtums und die Diskriminierung der Armenfürsorge durch die liberalkapitalistische Individualitäts- und Erfolgsethik, wie sie u. a. von Mill, Carlyle, Thornton und Ruskin vorgebracht wurden, stoßen zwar auf gewisse Aufmerksamkeit in den Zeitschriften, um dann jedoch unter den Maximen der »reinen Lehre« für weitgehend unzutreffend und irreführend befunden zu werden.

Freilich sind die Nachwirkungen der politisch-sozialen Erschütterungen durch den Chartismus und die drohenden Schatten der »sozialen Frage« im Zeichen von Frühsozialismus und Kommunismus in den Periodika der viktorianischen Gesellschaft überall spürbar; der Fortschrittsoptimismus der Politischen Ökonomie vermochte nur unvollkommen die tiefen Befürchtungen zu verdecken, daß gerade in der »sozialen Frage« systemsprengende Kräfte eines revolutionären Klassenkampfes verborgen waren, der zur Gefahr für die Stabilität der nationalen Institutionen, für das Privateigentum und für die »Gesundheit« der Sozialbeziehungen werden konnte, wenn es nicht gelang, ihn evolutionär durch Sozialreformen zu kanalisieren und zu bannen.

Das allgemeine Bewußtsein für die »soziale Frage« als Moment der Bedrohung war also durchaus vorhanden, wenngleich bis heute unter den Sozialhistorikern die Diskussion darüber anhält, was denn dieser Begriff wirklich meint und wie weit sich hinter ihm objektiv nachprüfbar Realitäten oder auch nur subjektive Einschätzungen oder gar ideologische Verzerrungen der tatsächlichen Lage der Arbeiterschaft im Frühkapitalismus verbargen und verbergen.

Ausführlich behandelt *Malcolm I. Thomis*, Dozent für Geschichte an der Universität Stirling, das Problem der »sozialen Kosten« der Industriellen Revolution. Er setzt sich dabei, wie er schon im Titel¹⁰ deutlich macht, durchgängig äußerst kritisch und unter Einbeziehung der seitdem erschienenen sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Literatur u. a. von A. Briggs, J. H. Clapham, G. D. H. Cole, E. J. Hobsbawm, R. H. Tawney, E. P. Thompson und den Webbs mit der heute schon klassischen Abrechnung der *Hammonds*¹¹ mit dem Frühkapitalismus und seinen sozialen Folgen auseinander. Thomis wirft den *Hammonds* eine unzureichende Quellengrundlage und insbesondere eine dem Metier des forschend verstehenden und nachvollziehenden Historikers strikt zuwiderlaufende, weil einseitig moralisierende Tendenzhistorie vor: Statt die Verhältnisse der Frühindustrialisierung nach dem zeitadäquaten Raster des damals herrschenden, liberal-individualistischen Wertsystems zu beurteilen und zu erklären, legten sie — wie nach ihnen u. a. auch Cole, Tawney und Thompson — ahistorisch die Elle einer späteren, sozialistisch-kollektivistischen Sozialphilosophie an und versuchten, den Eindruck zu suggerieren, als ob es an sich alternativ zum frühkapitalistischen Postulat der »natürlichen ökonomischen Gesetze« im Geist des 19. Jahrhunderts einen humaneren, sozialstaatlich-interventionistischen und von einer im Geiste des späteren »Welfare State« agierenden Exekutive her sozialverantwortlich geplanten und kontrollierten Weg zur modernen Industriegesellschaft ohne Privateigentum und private Aneignung des Mehrwertes gegeben hätte und als ob dieser nur an der Amoralität, bewußten Böswilligkeit und Korruption der damals Herrschenden gescheitert sei. Theoretisch und interpretatorisch im Mittelpunkt für Thomis steht also die alte Ranke-Frage nach dem »Amt« und den Kriterien des Historikers:

¹⁰ Vgl. Anm. 2.

¹¹ Vgl. Anm. 3.

Soll er aus dem vorherrschenden Erfahrungs- und Werthorizont der Vergangenheit erklären, »wie es eigentlich gewesen«, oder alternativ zum Maßstab setzen, »wie es an sich hätte gehen sollen«? Thomis entscheidet sich dezidiert für den ersten Weg, für die weitgehend moral- und wertungsfreie Erklärung kapitalistischer Entwicklung und ihrer Konsequenzen aus geschichtsimmanenten Maßstäben und gegen den anachronistischen Versuch, ein modernes Sozialstaatsmodell als Richtwert ins frühe 19. Jahrhundert zurückzuprojizieren. Er wolle nicht in der Manier einer mehr spekulativen ›Alternativ-Historie‹ wie die Hammonds schwarz-weiß, sondern nuanciert grau malen und über den kurzfristigen ›sozialen Kosten‹ der Industriellen Revolution nicht ihre langfristigen materiellen Wohltaten auch und gerade für den Arbeiter vergessen. Dieses methodisch relativ konservative und im Lichte heutiger sozialgeschichtlicher Theoriebildung gänzlich unambitiöse, eindeutig auf eine erneute Überprüfung des empirischen und historiographischen Befundes abstellende Vorgehen lenkt den Blick immerhin auf drei wesentliche Industrialisierungsaspekte, die bei den Hammonds wohl zu kurz kommen oder nur verzerrt erscheinen, für die aber in der tiefen Gegenwartskrise unserer Industriegesellschaft möglicherweise heute mehr Verständnis als vor 60 Jahren besteht. Einmal warnt der Autor mit Nachdruck davor, die komplexen sozialökonomischen und administrativen Anpassungsprobleme einer Übergangsgesellschaft im Wandel vom Feudalismus zum Kapitalismus im Zeichen einer Bevölkerungsexplosion und einer zunehmenden Landflucht zu unterschätzen und Entscheidungen, in denen sich eher Plan- und Hilflosigkeit, Inkompetenz, mangelnde Erfahrungen und Ineffizienz damaliger Entscheidungsträger und Verwaltungskörperschaften spiegelten und die noch weitgehend in überalterten, vorindustriellen Ordnungs- und Administrationsstrukturen wurzelten, vorschnell für gezielte Unterdrückung, kapitalistische Ausbeutung und abartige Brutalität zu nehmen. Die Kernfrage, die sich schon Marx und Engels stellten, lautet bis heute: War das Massenelend erst Ergebnis der Industrialisierung oder nicht im Gegenteil Folge eines noch zu geringen Grades von Industrialisierung? Auch mahnt Thomis, nicht zu vergessen, daß sich in dieser heftig kritisierten Übergangsgesellschaft bereits der Kern für den Aufstieg einer ›self-respecting class of wage earners‹ entfaltete. Zum zweiten und damit eng zusammenhängend verschiebt sich bei Thomis das Gewicht der Betrachtung angesichts der erheblichen Quantifizierungs- und Überlieferungsprobleme dieser Zeit gerade in der Sozialstatistik deutlich weg vom kontroversen objektiven *Lebensstandard* einer sich herausbildenden Arbeiterklasse hin zur mehr subjektiv gefärbten (und auch quellenmäßig konkreter zu fassenden) *Lebensqualität*: die auch von Thomis keineswegs in Abrede gestellten sozialen Schrecken und Defizite der Industriellen Revolution manifestierten sich im fließenden, allmählichen und örtlich sehr unterschiedlichen Übergang zur industriekapitalistischen Ordnung vor allem im begrenzten individuellen und kollektiven Erfahrungsbereich in der Auflösung überlieferter familiärer und häuslicher Bindungen, im Statusverlust und Verlust personaler Würde durch die als unfrei empfundene Fabrikarbeit wie in der Disziplinierung der Arbeitskraft als ›Lohnsklaverei‹ überhaupt, in der Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz, im Verlust agrarischer Subsistenzquellen, in überfüllten Wohnquartieren der Städte, in der schrittweisen Ablösung der Heim- durch die Fabrikarbeit wie im Traditionsverlust schlechthin, weniger jedoch in einer allgemeinen Senkung des materiellen Lebensstandards und des Reallohnes — eine Entwicklung, die nach Thomis von den zeitgenössischen Zeugnissen eines W. Cobbett, R. Owen und F. O'Connor bis hin zur Sozialhistorie des 20. Jahrhunderts vielfach zu einer falschen Idealisierung und Romantisierung des ›goldenen‹ vorindustriellen Zeitalters mit seinen paternalistischen Strukturen geführt hat! (Dabei wurde dann in der Regel übersehen, welch hohen Grad von Ausbeutung und Unterdrückung auch gerade der Handwerksbetrieb und die Heimindustrie kannten!) Zum dritten endlich, und damit wird die bei Crompton aus der Perspektive des Untermertums weit ausgespinnene Problematik der ›industrial relations‹ im Frühkapitalismus nunmehr aus der entgegengesetzten, der proletarischen Sicht vorgestellt, polemisiert Thomis energisch gegen ein wesentlich ideologisch eingefärbtes Bemühen, bereits vor dem sogenannten ›New

Unionism«, dem Sozialismus und dem Syndikalismus des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts so etwas wie eine in sich homogene Arbeiterklasse, ein einheitliches oder gar revolutionäres proletarisches Klassenbewußtsein und eine sich als umfassende soziale Gegenmacht verstehende Gewerkschaftsbewegung zu konstruieren. Tief verwurzelte partikularistisch-lokale Traditionen (›town by town, craft by craft«), sektorale Interessen und Loyalitäten nach Branchen und bestimmten Arbeitsvorgängen, elitäre Ansprüche oft vorindustrieller Handwerker- und Fabrikarbeiterassoziationen und der wichtige Strang des sozialen Unterstützungswesens (›Friendly Societies«) verwiesen die typischen Gewerkschaften des 19. Jahrhunderts nach dem Zusammenbruch des Chartismus in ihrer schillernden Ambiguität zwischen individualistisch-elitärer Abgrenzung einer privilegierten Arbeiteraristokratie gegen die nicht-organisierten Unterschichten einerseits und kollektivistischen Repräsentationsansprüchen der Arbeiterklasse andererseits eher auf den evolutionären Weg der Integration in den bestehenden Staat, auf den der Parlaments- und Wahlrechtsreform und des politischen Anschlusses an die traditionellen Parteien als auf den des ›heroischen Kampfes« und des sozialen Umsturzes.

Weiterhin behandelt werden die Maschinenstürmerei und im Zusammenhang damit die bis heute aktuelle Diskussion, wie weit der Kampf gegen Mechanisierung und Maschinen — jene ambivalenten Symbole des ökonomischen Fortschritts und der Arbeitserleichterung auf der einen, der Arbeitsplatzzerstörung und der sozialen Verzweiflung auf der anderen Seite — schon frühzeitig die britischen Wachstums- und Wettbewerbschancen blockiert hat, ebenso die Fabrikgesetzgebung, die Kinderarbeit und die politischen Folgen nonkonformistischen (vor allem methodistischen) Einflusses auf die englische Arbeiterbewegung. Das Buch vermittelt ohne Anspruch auf Originalität im Ergebnis einen instruktiven Einblick in die besonders umstrittenen Punkte der englischen Industrialisierungsdebatte und in die Aspektvielfalt britischer Sozialgeschichtsschreibung; es zwingt zur Überprüfung mancher liebgewordenen Klischees, ohne freilich ganz den Gefahren einer etwas unstrukturierten Stoffansammlung und auch dem Eindruck zu entgehen, als sollte hier um jeden Preis eine Gegenposition gegen die Hammonds, gegen Thompson, Tawney u. a. aufgebaut werden.

Die von Crompton und Thomis dokumentierte und im Rahmen der ›sozialen Frage« problematisierte Phase frühindustrieller Sozialbeziehungen und gewerkschaftlicher Aktivitäten fand einen gewissen Abschluß Mitte der 70er Jahre mit der rechtlichen Legalisierung der Gewerkschaften: Sie gewannen, ohne ihre traditionelle Schutzfunktion zu opfern, jene Achtung und Respektabilität, die ihnen künftig allen richterlichen, politischen und gesellschaftlichen Anfeindungen zum Trotz einen bleibenden Platz in dem »organised and voluntary system of industrial relations«¹² des englischen Klassenstaates sichern sollte; auf der anderen Seite erkannten auch die Unternehmer, wie es bereits bei Crompton anklingt, zunehmend den Wert verbandlich geordneter industrieller Beziehungen und die stabilisierende Funktion einer Arbeiteraristokratie und ihrer Führungseliten, die ihnen freiwillig ein gewisses Maß an Disziplinierung und Kontrolle über die betriebliche Basis und damit von hier aus zugleich einen höheren Grad stabiler Preisgestaltung, langfristiger Kalkulationen und Produktionsplanung garantierten, selbst wenn dieser Vorteil oft mit der De-facto-Einwilligung in die Beschneidung unternehmerischer Dispositionsgewalt im Betrieb (›managerial prerogatives«) bezahlt werden mußte. Diese Periode einer Konsolidierung und Stabilisierung der Sozialbeziehungen ist Gegenstand einer sehr differenzierten und übersichtlichen Untersuchung von *W. Hamish Fraser*, Dozent für Wirtschaftsgeschichte an der University of Strathclyde¹³. Sie umfaßte das dritte

12 *W. Hamish Fraser*, *Trade Unions and Society. The Struggle for Acceptance 1850—1880* (= *Studies in Social History*, ed. by J. F. C. Harrison and C. S. Yeo, vol. 2), George Allen & Unwin Ltd., London 1974, (292 S., geb., £ 5.95), S. 13.

13 Vgl. Anm. 12.

Viertel des 19. Jahrhunderts, fiel also in die konjunkturelle Hochblüte des ›mid-Victorian age‹ mit englischer Weltgeltung als ›workshop of the world‹ und steigendem Lebensstandard auch für die Arbeiterschaft und war nach den Erschütterungen des Chartismus geprägt von einem relativ temperierten politischen und sozialen Klima, bevor dann in der ›Great Depression‹ der 80er und 90er Jahre der Kapitalismus nach dem Chartismus erneut und diesmal verschärft durch Sozialismus, Klassenkampf, ›New Unionism‹ und die Ansprüche bisher nicht oder nur ungenügend repräsentierter Schichten der Un- und Angelernten in Frage gestellt wurde.

Fraser beleuchtet dieses dritte Viertel, ein »exceptional product of exceptional circumstances«, das der Arbeiterklasse einen wichtigen Durchbruch brachte, aus verschiedenen Perspektiven: Wachstum, Struktur und Politik der Gewerkschaften, gewerkschaftliche Strategien, die politischen Freunde und Feinde, der Arbeitgeberstandpunkt, der politische und rechtliche Rahmen gewerkschaftlicher Emanzipation, die Auseinandersetzung mit der Politischen Ökonomie, die Rolle der Presse und schließlich das Verhältnis zwischen Organisierten und Nichtorganisierten. Auch hier können nur wenige herausragende Ergebnisse berührt werden, soweit sie für die Fortentwicklung der englischen Industriebeziehungen bedeutsam waren. Fraser stellt immer wieder den elitären und auch defensiven und unideologisch-pragmatischen Charakter frühgewerkschaftlicher Strategien heraus: Statusbewahrung des Facharbeiters und monopolartiger Schutz seines Arbeitsplatzes im Zeichen eines raschen technologischen Wandels gegen den Ansturm ungelernter und billiger Arbeitskräfte als *Ziel*, die Herausbildung friedlicher und partnerschaftlicher Konfliktregelungsmechanismen im ›collective bargaining‹ und im paritätischen Schlichtungswesen, ergänzend zum Anspruch auf ›autonomous regulation‹ der Arbeitsbedingungen, als *Mittel* gewerkschaftlicher Selbstbehauptung, ohne daß damit freilich auf den Streik als ultima ratio im Konfliktfall je verzichtet wurde. Dabei wird man sich mit Fraser gerade auch im Blick auf die vergleichsweise spätere Entwicklung in Deutschland stets vergegenwärtigen müssen, daß sich die englische Arbeiterbewegung einmal in einer noch reich differenzierten, vom Klein- und Mittelbetrieb geprägten und von partikularen und lokalautonomen Einflüssen bestimmten Produktionslandschaft organisiert und diesen Stempel ihrer Frühgeschichte vielfach bis heute nicht ganz verloren hat und daß sie zum anderen jedenfalls in ihren älteren Teilen, ungeachtet der normativen Gegensätzlichkeiten und eines nie ausgeräumten Mißtrauens zwischen liberalem Individualismus und proletarischem Kollektivismus, dennoch durchaus ein Produkt des Viktorianischen Liberalismus ist und zeitweise sogar in engem Bündnis, anknüpfend an die Allianzen von 1832 und 1846, mit dem liberalen Reformradikalismus etwa aus dem Lager der Christlichen Sozialisten und der Positivisten gegen die ›landed interests‹ der Feudalaristokratie und gegen die High Church für eine Liberalisierung des öffentlichen Lebens, eine Trennung von Kirche und Staat, eine internationale Politik der Entspannung und für den gesellschaftlich-politischen Durchbruch der ›middle class‹ in der Ära Gladstone gekämpft und von hier aus auch selbst zumindest partiell eine gewisse Entwicklung zur Verbürgerlichung durchlaufen hat. »By the 1850s, the dominating working-class philosophy, as expressed through their trade unions, was one of the acceptance of the prevailing values of society«. »[. . .] In general, the policy which held sway was that of stressing moderation and responsibility, of courting public sympathy and of impressing on the public just how much a part of a modern liberal society were the unions«. Wie das Schlichtungswesen und die sich in einzelnen Industrien in den 60er Jahren herausbildenden Schlichtungs- und Schiedsinstanzen für die an Selbstbewußtsein wachsenden Gewerkschaften vielfach gesuchtes Vehikel ihrer Anerkennung auch als autonome Tarifpartei waren, so bot umgekehrt für die ›industrial middle class‹, die liberale Unternehmerrbourgeoisie und ihre politischen Repräsentanten die Aussicht auf ein mehr strukturiertes, formalisiertes und institutionalisiertes und insofern stärker kalkulierbar gewordenes System der ›industrial relations‹ mit dem ›collective bargaining‹ als Kern einen Anreiz, mit den als gemäßigt eingestuften Gewerkschaften Frieden zu schließen, ihre Eliten bewußt in den bür-

gerlichen Staat zu integrieren, ihnen über die Erweiterung des Wahlrechts den Weg in die parlamentarischen Vertretungskörperschaften auf lokaler und nationaler Ebene zu öffnen und zugleich nach Einsetzung der ›Royal Commission on Trade Unions, 1867‹ auch auf einen gesetzlichen Abbau der diskriminierenden, im Common wie im Statute Law verankerten Sondergerichtsbarkeit, auf einen rechtlichen Schutz der Gewerkschaftsfonds sowie eine Aufhebung der überholten Gesindeordnung (›Master and Servants Laws‹) in den 70er Jahren mit hinzuwirken. Ähnliche Bündnisangebote an die Arbeiteraristokratie kamen gleichzeitig aus dem Lager eines sozialreformerisch aufgeschlossenen Konservatismus unter Disraeli.

Dabei war allerdings etwa die von der Arbeiterschaft beargwöhnte Haltung eines John Bright, einer liberalen Schlüsselfigur dieser Allianz, typisch für die gesplante Einstellung des Liberalismus gegenüber der ›sozialen Frage‹: Er glaubte, durch politische Reformen, die Anerkennung des vollen Assoziationsrechts die rechtliche Gleichstellung und durch die Integration der Arbeiterführung in den bürgerlichen Staat sowie durch geordnete Tarifbeziehungen den Graben zwischen ›Kapital‹ und ›Arbeit‹ zuschütten und die proletarische Massenbasis isolieren und domestizieren zu können, um damit gleichzeitig des Zwangs zu irgendwelchen Abstrichen vom besitzbürgerlichen Credo in der Frage des Privateigentums und seiner freien Dispositionsgewalt enthoben zu sein — eine Haltung, die in der Arbeiterklasse selbst bis zum Niedergang des politischen Liberalismus im Ersten Weltkrieg immer wieder zu Enttäuschungen und Verbitterungen sowie zu tiefem Mißtrauen gegenüber allen Ansätzen zur Etablierung des Wohlfahrtsstaates unter liberaler Flagge geführt hat.

Als weiteres Signum der frühen englischen Gewerkschaftsbewegung, das auch ihren späteren Weg noch bestimmt hat, unterstreicht Fraser ihren pragmatischen und unideologischen Umgang mit dem Sozialkonflikt und dem Kontrahenten. Er prüft u. a. auch das Verhältnis der Gewerkschaften zu der damals herrschenden liberalen Lehre der Politischen Ökonomie. Der Autor gibt hier eine Antwort auf die bei Crompton notwendigerweise vom Material her unbeantwortete Kernfrage, wie weit die Lohnfondstheorie mit ihrer Tendenz zur Negierung und Denunzierung kollektiver Interessenvertretung wirklich von den Gewerkschaften verinnerlicht und zur Grundlage ihrer eigenen Lohnpolitik gemacht worden ist. Fraser lehnt die These der Webbs strikt ab, nach der die Gewerkschaften seit den 1840er Jahren tatsächlich mechanistisch das Gesetz von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zum Axiom ihrer Tarifpolitik gemacht und auch entsprechend der Lohnfondstheorie eine aktive Auswanderungspolitik betrieben hätten, und stellt demgegenüber nicht die theoretische, sondern die überlieferte empirische Grundlage als richtungweisend heraus, nach der die Gewerkschaften in entschiedener Ablehnung der Politischen Ökonomie (Fraser: »the laws of political economy had little place in the practice of unionism«) ganz pragmatisch auf Mindestlöhnen (›living wage‹, ›fair wage‹) bestanden und im Konfliktfall auf ihre Gegenmachtposition und die Verknappung resp. den Entzug ihres Arbeitskräfteangebots durch Streiks, ›restrictive practices‹, ›closed shops‹ usf. gesetzt hätten, um ihre Lohnforderungen durchzudrücken. Schließlich erzwangen die Gewerkschaften selbst in Übereinstimmung u. a. mit J. St. Mill, der an seiner eigenen Lehre, wie schon bei Crompton deutlich, am Ende zu zweifeln begann, in den 70er Jahren die Anpassung der Lohnfondstheorie an die ökonomische Praxis, de facto also ihre Aufhebung im gegenmacht- und konfliktorientierten ›collective bargaining‹. Die Zurückweisung der Lohnfondstheorie war von entscheidender Bedeutung »in opening the way to a reappraisal of the role of unions in wage bargaining«. »In the last analysis unionists accepted a conflict situation in industrial relations and pressed for what they could get, using the most favourable arguments that came to hand.« Einzig wahres Kriterium für die prinzipiell sehr variable Lohnobergrenze wurde schließlich nicht irgendein abstraktes ›ehernes‹ Gesetz, sondern das ›free and voluntary collective agreement‹ als Ausdruck und kompromißhaftes Ergebnis beiderseitiger Machtentfaltung und Drohgebärden vor dem Hintergrund eines abgestuften Instrumentariums sozialer Sanktionen wie Streiks oder Aussperrungen.

Über das dritte Viertel hinaus bereits in die letzten beiden, wiederum so turbulenten Jahr-

zehnte des 19. Jahrhunderts weist Frasers Schlußkapitel »Trade Unions and the Working Class«. Die Hierarchisierung einer privilegierten Arbeiterschicht, ihre Elitenbildung, die gezielte Abschottung von ›craft and skill‹ gegen die herandrängende Masse der ungelerten Unterschicht mit Hilfe einer Beschränkung der Lehrlingsausbildung, durch ›closed shops‹ und andere restriktive Praktiken sowie die aus dieser scharfen Ausdifferenzierung resultierende zeitweilige Blockierung einer allgemeinen, solidarischen Klassenpolitik — alles Tendenzen, die von der besitzbürgerlichen Mittelklasse mit Genugtuung vermerkt, gefördert und auch noch politisch mit Wahlrechtserweiterungen und zahlreichen Lib-Lab-Bündnissen honoriert wurden — mußten in dem Augenblick auf Widerstand von unten stoßen, als der technisch-industrielle Wandel und die Erschließung neuer Produktionsformen (wie Massen- und Fließbandfertigung), Produktionszentren und Branchen (Transportwesen, Energiewirtschaft, Dienstleistungssektor usw.) zugleich einen erhöhten Bedarf an un- und angelernten Arbeitskräften (auch Frauen) auslösten (›dilution‹), sich die Zuwanderung dieser in der Regel unorganisierten Unterschichten in die Städte und damit das Angebot billiger Lohnarbeiter verstärkten und ein revolutionärer Sozialismus zusätzlich als ideologisches Gärungsferment auf die neuen, weitgehend noch führungslosen Massen einwirkte.

Hier war das zentrale Thema für das ausgehende 19. und das beginnende 20. Jahrhundert mit einem ersten Höhepunkt im Ersten Weltkrieg angeschlagen und zugleich die entscheidende Frage aufgeworfen, wie die traditionsreichen und im wesentlichen wirtschaftsfriedlichen Facharbeitergewerkschaften auf die teilweise revolutionären und tendenziell systemsprengenden Ansprüche eines ›New Unionism‹ und der hinter ihm vorwärts drängenden nichtorganisierten und unterprivilegierten Schichten reagieren würden.

Die knapp drei Jahrzehnte zwischen den ausgehenden 1880er Jahren und dem Ersten Weltkrieg waren nach dem Titel einer Sammlung zeitgenössischer Quellen »Labour's Turning Point«¹⁴, in dem sich die britische Arbeiterschaft als moderne Massenbewegung herausbildete und konstituierte, über ihre neue politische Vertretung, die Labour Party, zugleich einen Wandel auch im politischen Herrschaftssystem herbeiführte und unter der Flagge des ›New Unionism‹ neue gewerkschaftliche Organisations- und Kampfformen sowie programmatische Konzeptionen entwickelte. Im Spannungsfeld von ›Old and New Unionism‹ vollzog sich ein bemerkenswerter Transformationsprozeß, der zwar einerseits neue Kräfte der Arbeiterklasse entband und ihnen zum politisch-sozialen Durchbruch verhalf, andererseits aber im Zuge wechselseitiger Beeinflussung beider Gravitationszentren nicht nur die neuen, von ihrem Anspruch her teilweise sozialrevolutionären Organisationen und Programme schließlich in praxi — etwa in der Übernahme des Schlichtungswesens und des ›collective bargaining‹ — mit dem wirtschaftsfriedlichen und sozialreformerischen Geist des alten ›craft unionism‹ durchtränkte, sondern umgekehrt gleichzeitig auch die etablierten Interessenvertretungen im Bergbau, in der Maschinen- und Textilindustrie sowie der Schuhfabrikation auf den Weg der Anpassung, Modernisierung und Expansion zwang. Aspekte der neuen Bewegung waren die sprunghafte quantitative Zunahme der gewerkschaftlich Organisierten, die Veränderung der Mitgliederstruktur durch die Mobilisierung und Erfassung eines proletarischen Substratums der ungelerten, oft auch unterbezahlten und weitgehend bisher nichtorganisierten Hilfsarbeiter (General Labourers) und auch neuer Industriezweige (Docks, Gaswerke, Seeleute), die Organisierung der Frauen (Streichholzfabriken), die Aufhebung eingeschliffrer Berufsgrenzen und die übergreifende Rekrutierung quer durch die Wirtschaftszweige im ›general unionism‹, der Beginn einer Überwindung des Facharbeiterprinzips durch das moderne Prinzip der Industriegewerkschaft (›industrial unionism‹), der Kampf gegen vor- und frühindustrielle sekundäre Ausbeutungsmethoden im Kontrakt- und Subkontraktsystem (›co-exploitation‹) und eine mehr egalitäre Lohnpolitik unter Einebnung herkömmlicher Lohndiffe-

¹⁴ Eric J. Hobsbawm (Ed.), *Labour's Turning Point*, London 1948.

rentiale und Privilegien. Gewerkschaftliche Militanz und erhöhte Streikbereitschaft verbanden sich mit einer vielfach auch von intellektuellen und bürgerlichen Kreisen hineingetragenen neuen politischen Deutung gewerkschaftlicher Funktionen, Aufgaben und Mittel: Nicht nur trat die herkömmlich wichtige Unterstützungsfunktion (›benefit society‹) zurück gegenüber der genuinen gewerkschaftlichen Gegenmachtfunktion (›trade society‹), auch wurden in Konkurrenz zu den überkommenen Loyalitäten der Arbeiteraristokratie zum politischen und ökonomischen Liberalismus nunmehr von den Repräsentanten des ›New Unionism‹ neue Bande sozialistischer oder marxistischer Prägung geknüpft (Einflüsse der 1883 gegründeten marxistischen ›Social Democratic Federation‹) mit dem Ziel einer »more equitable social order« (Webbs) und der Forderung nach einer eigenständigen politischen Arbeitervertretung im Parlament und in den lokalen Körperschaften (1893 Independent Labour Party, 1900 Labour Representation Committee, 1906 Labour Party). Hier verband sich freilich in der typisch englischen und bis heute gültigen Version eines mehr pragmatischen Sozialismus im fabianischen Dreiklang von Gradualism, Parliament, Constitution von Anfang an sozialrevolutionär-orthodoxe Theorie mit dem sozialreformerisch-legalistischen Weg zu ihrer Verwirklichung über die Gesetzgebung sowie über staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Da dieser kurz skizzierte Transformationsvorgang vom ›Old‹ zum ›New Unionism‹ mit der tendenziellen gegenseitigen Durchdringung beider Prinzipien naturgemäß in enger jeweiliger Interdependenz von Produktionsstruktur, Arbeitsorganisation, regionaler und traditioneller Ausdifferenzierung, ökonomischen Rahmenbedingungen und politischem Bewußtsein in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich verlief, läßt er sich nuanciert und konkret auch nur in sektoralen Fallstudien der einzelnen Branchen erschließen. Hier bieten sich aus einer großen Vielzahl drei gerade für den Übergang typische Sektoren mit entsprechenden Untersuchungen an: die Hüttenindustrie, einst Sinnbild britischer Wirtschaftshegemonie, dann in unserem Zeitraum schon Inbegriff entwicklungsstruktureller Retardierung und Stagnation, mit ihrem Neben-, Gegen- und am Ende Ineinander von ›Old and New Unionism‹ im selben Gewerbegebiet, der Mineralsektor im Tage- und Untertagebau mit dem traditionsreichen Bergbau ebenfalls als Produktionszweig im Wandel sowie Docker und Seeleute als bevorzugtes Rekrutierungsfeld des ›New Unionism‹. So waren die großen Hafenstreiks 1889/90 das Signal für eine neue Kampfereitschaft und zugleich für das Ende des viktorianischen Sozialfriedens.

Der Frankfurter Soziologe *Gerhard Brandt* untersucht in seiner methodisch sehr differenzierten, gesellschaftliche Theorie und geschichtliche Realität geschickt verknüpfenden Habilitationsschrift¹⁵ mit dem Eisenarbeiterverband ›Associated Iron and Steel Workers of Great Britain‹ und der etwa gleichzeitig (1886) gegründeten Organisation der Stahlschmelzer ›British Steel Smelters' Amalgamated Association‹ in der angesprochenen Umbruchphase exemplarisch zwei alternative und gleichzeitig miteinander konkurrierende Typen gewerkschaftlicher Interessenvertretung im selben Industriezweig, der Hüttenindustrie. Dabei repräsentieren die Eisenarbeiter, auf einer alten Verbandstradition fußend, mehr den elitären Typ des ›Old Unionism‹, die Stahlschmelzer dagegen weisen stärker egalitäre Züge der neuen Entwicklung auf. Brandt will in seinem historisch ausgerichteten Beitrag zur Soziologie der Gewerkschaften systematisch und entwicklungsgeschichtlich eine Erklärung geben »für die Bewährung und die Durchsetzung einer bestimmten Organisation und des von ihr repräsentierten Typs des Verbandshandelns«. Konkret lautet die Leitfrage seiner Untersuchung, unter welchen Bedingungen der zunächst unbedeutende und nur partiell repräsentative Stahlschmelzerverband die traditionsreichen Eisenarbeiter in wenigen Jahrzehnten zu überrunden

15 *Gerhard Brandt*, Gewerkschaftliche Interessenvertretung und sozialer Wandel. Eine soziologische Untersuchung über die Entwicklung der Gewerkschaften in der britischen Eisen- und Stahlindustrie 1886—1917 (= Studienreihe des Instituts für Sozialforschung Frankfurt am Main, Bd. 3), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 467 S., kart., 58 DM.

und dann nach 1917 in der durch Fusion entstandenen ›Iron and Steel Trades Confederation‹ zur dominanten Kraft zu werden vermochte. Nach Brandt läßt sich die Politik der beiden Verbände im Spannungsfeld von ›Old and New Unionism‹ als »Ausdruck konkurrierender Situations- und Selbstdeutungen interpretieren, die, politisch motiviert, auf die Konfrontation zweier Auffassungen gewerkschaftlicher Praxis im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zurückverweisen«. Der Beweis entfaltet sich vierstufig. Einleitend werden als für beide Verbände gemeinsame Rahmenbedingungen die (im Vergleich zu Deutschland und den USA schon sehr verlangsamte) wirtschaftliche und technologische Entwicklung der Hüttenindustrie, ihre Produktionstechnik, die Unternehmens- und Arbeitsorganisation, die institutionalisierte Regulierung der Sozialbeziehungen sowie frühgewerkschaftliche Traditionen bis 1886 aufgefächert. Besonders aufschlußreich ist hier die Korrelation zwischen Veränderungen und Verlagerungen in der Grundstoffproduktion sowie technologischer Innovation einerseits und einem gleichzeitigen Wandel in der Beschäftigungs- und Lohnstruktur, in der Arbeitsbelastung und -organisation wie im sozialen Gefüge Englands generell andererseits. Im doppelgliedrigen Mittelteil werden beide Organisationen nacheinander vergleichend unter einem identischen selektiven Interpretationsraster auf ihre Reaktion gegenüber den gewandelten Produktions- und Beschäftigungsverhältnissen im politisch-ideologischen Einflußfeld des ›New Unionism‹ überprüft: Aufgaben und Ziele des Verbandes; äußere Verbandspolitik in der Gestaltung von Löhnen und Arbeitsbedingungen, von Lohnstrukturen und Arbeitsorganisation; Binnenstruktur des Verbandes mit seinem organisatorischen Aufbau, seiner Kompetenz- und Autoritätsverteilung, der Mitgliederbasis und der politischen Willensbildung; schließlich politische Orientierung und Verbandsideologie. Der vierte Abschnitt des Buches verfolgt historisch die Wege beider konkurrierenden Verbände zwischen ihrer Gründung und ihrer Verschmelzung 1917 in der ›Confederation‹.

Grundsätzlichen Charakter für die Deutungsmuster einer nicht-marxistischen historischen Sozialwissenschaft dürfte Brandts nicht unproblematische These vom Primat einer relativ autonomen politischen Bewußtseinssphäre im dargestellten Transformationsprozeß der britischen Arbeiterschaft hin zum ›New Unionism‹ haben. Danach waren die Vorstellungen über Aufgaben und Ziele, über Mittel und Verfahrensweisen gewerkschaftlicher Interessenvertretung primär durch die jeweilige politische Orientierung und einen Wandel des politischen Klimas und der öffentlichen Meinung sowie durch eine daraus abgeleitete veränderte Situationsdeutung im Magnetfeld zwischen wirtschaftsfriedlichem ›Old‹ und militantem ›New Unionism‹ und nur sehr vermittelt und indirekt durch die materielle Lage bestimmt. Arbeitskämpfe sind für Brandt »eher als Ausdruck einer politisch motivierten Interpretation« der objektiven Verhältnisse »denn als deren unmittelbarer Reflex« zu begreifen. Freilich verfeinert der Autor am Schluß seine These durch seinen Hinweis »auf die begrenzte Tragweite politisch motivierter Deutungsschemata und normativer Orientierungen« dahingehend, daß die ökonomische Interessenlage und Lebenssituation der Verbandsmitglieder wie auch Veränderungen in ihrer Berufsstruktur, praktisches Effizienzdenken und Selbstbehauptungswillen der Verbandsbürokratien sowie die vorgegebenen Funktionsbedingungen kapitalistischer Produktion durchaus den Einfluß politisch-ideologisch motivierter Deutungsmuster in der Bewußtseinssphäre zu begrenzen und zu modifizieren vermögen, ohne daß sich allerdings — darauf legt Brandt mit Recht immer wieder Wert — politisches Denken unvermittelt nur auf ökonomische Determinanten reduzieren ließe. Unter der Prämisse »von der handlungsleitenden Rolle konkurrierender Situationsdeutungen« gewinnt dann auch die Spannung zwischen einer progressiv-extensiven und einer konservativ-restriktiven Auslegung gewerkschaftlicher Funktionen im Kapitalismus »Schlüsselcharakter« für die Klassifizierung beider Verbände: Während die Stahlschmelzer eine vergleichsweise progressive politische Orientierung und einen rational-bürokratischen Verwaltungsapparat entwickelten, feste Beziehungen zum Sozialismus suchten, eine egalitäre Einebnung überkommener Privilegien und Lohndifferenzen sowie die Aufhebung des ausbeuterischen Kontraktsystems anstrebten, sich tendenziell als Industrieverband

(›industrial union‹) um die Rekrutierung auch der Hilfsarbeiter und Tagelöhner bemühten und für den Achtstundentag kämpften, im übrigen aber in ihrem praktischen Außenverhalten zunehmend auf einen reformistisch-wirtschaftsfriedlichen Kurs systemimmanenter Lohnpolitik einschwenkten und schließlich auf dem rechten Flügel der Labour Party landeten (ein Hinweis auf die auch weiterhin in den Sozialbeziehungen prägende Kraft des ›Old Unionism‹), verharteten die Eisearbeiter als berufsständische ›craft union‹ und hierarchisch-autoritär verfaßter Honoratiorenverband noch lange in ihrem elitären und sozialkonservativen Selbstverständnis und einem harmonisierenden Gesellschaftsbild der Identität von ›Kapital‹ und ›Arbeit‹ und verpaßten insofern den rechtzeitigen Anschluß an die Massen und die gewandelten gesellschaftlich-politischen Verhältnisse.

Mit seinem Hinweis auf die Rationalisierung und Verbürokratisierung gewerkschaftlicher Außen- und Binnenbeziehungen, auf eine Formalisierung und institutionelle Einfriedung des sozialen Konflikts sowie auf den Wandel der Gewerkschaften »von einem militanten Interessenverband zu einer Interessenverwaltung mit quasi-öffentlichen Aufgaben« rückt Brandt am konkreten Beispiel von Eisen und Stahl die allgemeine Kernfrage nach qualitativen und funktionalen Veränderungen im Verhältnis von Staat und Gesellschaft im Kapitalismus seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert in den Vordergrund. Sie verlangt zweifellos nach einer vertieften vergleichenden Analyse ähnlicher Entwicklungen in anderen Industriestaaten wie Deutschland und USA und verweist uns in die seit einiger Zeit wieder aufgeflammete Diskussion um die erkenntnistheoretische und politische Relevanz konkurrierender sozialwissenschaftlicher Modelle marxistisch-leninistischer (›Staatsmonopolistischer Kapitalismus‹) und sozialdemokratischer (›Organisierter Kapitalismus‹) Provenienz.

Noch weit vor der ›Wasserscheide‹ des ›New Unionism‹ in vor- und frühindustriellen Phasen der Arbeiterbewegung liegen die Ursprünge der unendlich differenzierten und vielschichtigen lokalen Traditionen der Berg- und Gesteinsarbeiter im Tage- und Untertagebau (Kohle und Erz, Steinbruch, Ton, Sand und Porzellanerde, Graphit, Flint und Kalkstein, Salz). Allerdings sind auch hier, soweit der Abbau nicht wie bei den Erzen inzwischen mangels Rentabilität eingestellt worden war, Ende des 19. Jahrhunderts besonders im Bergbau und in der Chemie deutlich Veränderungen in den Produktionsformen und der Arbeitsorganisation, in der Lohnstruktur und in der gewerkschaftlichen Repräsentanz, aber auch in der politischen Bewußtseinssphäre festzustellen. Insofern lassen sich auch im Bereich Kohle sowie Steine und Erden einerseits typische Merkmale der Veränderung und Modernisierung, andererseits aber auch bis weit in die Gegenwart hineinragende sehr resistente Strukturelemente von sozialen Frühformen feststellen. Dargestellt und zusammengefaßt ist dieses Ineinander von Tradition und Wandel in einem mehr allgemeinen Aufsatz über die »Mineral Workers« sowie drei detaillierten Lokalstudien über die Schieferbrüche in Nordwales, die Salzgewinnung in Cheshire und den Kohlenbergbau in Durham von Autoren, deren Beiträge deutlich autobiographische Züge tragen, in einem *instruktiven Sammelband der ›History Workshop‹-Serie des Ruskin College, Oxford*¹⁶; Zielsetzung des gesamten Projekts der Workshops ist die Vermittlung von sozialwissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis im Rahmen der Erwachsenenbildung. Das Buch schließt mit einem kulturgeschichtlich höchst aufschlußreichen Glossar über die »Pit Talks«, das Bergmannsidiom in Durham. Angesichts der angedeuteten erheblichen Unterschiede in den Eigentumsverhältnissen (von der Anmietung über den Familienbetrieb bis zur Aktiengesellschaft), in den Produktionsformen (von der Handarbeit bis zur partiellen Mechanisierung), der Qualifikation, der Betriebsgröße, der Arbeitsorganisation sowie im Entlohnungssystem oft von Ort zu Ort in derselben Branche und dann auch zwischen den einzelnen Zweigen ist es kaum möglich, allgemein typologisierende Aussagen zu treffen

16 Raphael Samuel (Ed.), *Miners, Quarrymen and Saltworkers* (= History Workshop Series), Routledge & Kegan Paul, London/Henley/Boston 1977, XVI, 363 S., kart., £ 3.75.

oder generelle Trends aufzuzeigen. Auch erweist sich hier die gängige Unterscheidung zwischen Handwerker (›artisan‹, ›craftsman‹) und ungelerntem Arbeiter (›labourer‹), zwischen ›skilled‹ und ›unskilled‹ als viel zu unscharf, um frühindustrielle Arbeitsformen und -verhältnisse zu charakterisieren, die sich einerseits zwar durch das Fehlen formaler Ausbildungs- und Eingangsvoraussetzungen (›apprenticeship‹), einen sehr geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, oft erhebliche und saisonal bedingte Unständigkeit und überhaupt ein hohes Maß an Regellosigkeit und durch fehlende industrielle Disziplin auszeichnen und nur einen geringen Grad von Mechanisierung aufweisen, die aber andererseits lange Praxis und bemerkenswerte, meist innerhalb der Familie vererbte Geschicklichkeit (›skill‹) voraussetzen und ein oft differenziertes Entlohnungssystem (›bargaining system‹) mit Kontrakt und Subkontrakt innerhalb weitgehend autonomer Arbeitsgruppen (›workers' companionships‹) mit Frühformen von Arbeiterselbstverwaltung (›team democracy‹) bei nur schwach ausgebildetem zentralem Management kennen. Durchaus elitäre und monopolistische Abgrenzungen einer Facharbeiterschaft (›local job monopoly‹) mit alten Familienprivilegien sowie restriktiven Praktiken (›restriction on output‹, ›job control‹) waren hier ebenso zu beobachten wie spontane Ad-hoc-Solidarisierungen und Arbeitskämpfe als Kristallisationskerne für lockere vorgewerkschaftliche Zusammenschlüsse auf lokaler Basis (›local combinations‹).

Zwei nur aus den ungebrochenen Traditionen erklärbar und vielfach bis heute nachwirkende Eigentümlichkeiten der englischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte werden auch hier wieder deutlich. *Merfyn Jones* arbeitet am Beispiel der Schieferbrüche in Nordwales heraus, wie stark der Klassenkampf in der regionalen Ausdifferenzierung etwa in den ›pit villages‹ von Wales zugleich soziokulturelle, politische und vor allem religiöse Züge in der Frontstellung zwischen Nonkonformismus, Walisertum und Radikalliberalismus auf der einen, Anglikanismus, angelsächsischem Establishment und Toryismus auf der anderen Seite getragen und von hier aus seine Verschärfung erfahren hat. Zum zweiten wird dem kontinentaleuropäischen Beobachter eindrucksvoll vorgeführt, warum gerade in England, verglichen etwa mit den USA und Deutschland, noch so lange und erfolgreich Produktions- und Arbeitsformen, aber auch gewerkschaftliche und unternehmerische Organisationsstrukturen aus der Phase der Frühindustrialisierung des 18. und frühen 19. Jahrhunderts einem Modernisierungsprozeß mit dem Zwang zur entsprechenden Kapitalisierung und Betriebsausweitung, zur Mechanisierung und Konzentration, zur Herausbildung eines kraftvollen Managements und auch zum modernen Effizienz- und Rentabilitätsdenken im Wege gestanden haben.

So wurden 1901 in England erst 1,5 Prozent der gesamten Kohle maschinell abgebaut, in den USA bereits 25 Prozent. Es ließen sich noch viele weitere Beispiele für die belastende Hypothek anführen, die ein relativ früher Start in die liberalkapitalistische Industriegesellschaft auch darstellen kann.

Aber allen überkommenen technologischen, sozialpsychologischen und strukturbedingten Widerständen zum Trotz vermochten sich auch der Bergbau und andere Mineralsektoren, die dann im Aufbau einer chemischen Industrie während des Ersten Weltkrieges und später eine bedeutende Rolle spielen sollten, dem allgemeinen Trend des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts zur Konzentration und zum Abbau des Regionalismus sowie zur Herausbildung eines einheitlichen politischen und gewerkschaftlichen Bewußtseins nicht zu entziehen. Dabei liefen die Interessen der Unternehmer und der Gewerkschaften streckenweise sogar durchaus parallel. Strebten die Unternehmer tendenziell nach einer strafferen direkten Kontrolle und oft drakonischen Disziplinierung des industriellen ›Lohnsklaven‹, nach Ersetzung des alten informellen ›bargaining‹ durch ein modernes Akkord- und Stücklohnsystem und nach einer Auflösung indirekter Beschäftigungsverhältnisse, so folgten ihnen die Gewerkschaften insofern, als auch sie nunmehr für eine gewisse Standardisierung und einheitliche Regulierung des Lohnes, der Arbeitsvorgänge und der Arbeitszeit (Kampf um den 8-Stunden-Tag!), selbst wenn dies auf Kosten liebgewordener Freiheiten in der Selbstbestimmung des Arbeiters ging, kämpften, um den neuen Status des Lohnarbeiters wirkungsvoller

gegen Zweideutigkeiten und willkürliche Ausbeutung abzusichern. Unüberbrückbar war der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Facharbeitergewerkschaften (»craft unions«) allerdings, wenn es um die Ersetzung von »skilled« durch »unskilled«, durch Frauen- oder Jugendarbeit (»dilution«), also um die Status- und Einkommensverschlechterung des Facharbeiters ging, um die Lohnkosten zu senken. Dieses Problem sollte im Ersten Weltkrieg zu schweren Konflikten in der Rüstungsindustrie führen.

Konkret in dem Sammelband dargestellt wird dieser wichtige Wandlungsprozeß zur verschärften Disziplinierung und Ausbeutung mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Solidarität und das politische Verhalten der Arbeiterschaft u. a. von *Brian Didsbury* (»Cheshire Saltworkers«) in einem wichtigen Stück Firmengeschichte auf dem Chemiesektor: der Gründung und dem Ausbau der Firma Mond-Brunner, Produzent von Sodaasche auf der Basis von Sole und Kalkstein im damals gerade neuentwickelten Solvay-Verfahren und einer der Vorläufer des späteren Chemie-Giganten »Imperial Chemical Industries« (ICI, gegr. 1926). *Dave Douglas* zieht aus eigenem Erleben als Bergmann die Linie der Ausbeutung, Disziplinierung und Entmutigung des »Lohnsklavens« und die des sozialen Konflikts sogar bis in die Gegenwart des staatlichen »National Coal Board« und erspart auch den Führern der eigenen Gewerkschaft, der mächtigen »National Union of Mineworkers« (NUM), nicht den massiven Vorwurf, jahrelang durch Kooperation mit dem NCB »Partner in der Demütigung der Bergleute« gewesen zu sein, so daß sich nach seiner Ansicht seit langem im Bergbau ein Mehrfrontenkampf zwischen kämpferischen Bergleuten an der Basis, weitgehend wirtschaftsfriedlichen und primär an paritätischen Schlichtungsmechanismen interessierten Gewerkschaftsbürokraten und ausbeuterischem Management abspiele.

Als beispielhaft und bahnbrechend für den militanten »New Unionism« wird im allgemeinen neben den Arbeitskämpfen der Gasarbeiter und Streichholzarbeiterinnen der große Londoner Dockerstreik von 1889 angeführt. Man wird diese im Kern zutreffende Feststellung freilich dahingehend relativieren müssen, daß einmal, wie oben erwähnt, »Old and New Unionism« durchaus zeitweise nebeneinander herliefen, sich in manchen Elementen sogar gegenseitig durchdrangen und der »New Unionism« eine gewisse Anlaufphase hatte und daß zum anderen der schon vielbeschworene Regionalismus und Partikularismus in der englischen Arbeiterbewegung jedem Versuch entgegenstehen, vorschnell hauptstädtische Geschehnisse mit nationalen Entwicklungen gleichzusetzen. Insofern ergänzen sich zwei Darstellungen zur selben Branche, *E. L. Taplins* Untersuchung zur Lage der Dockarbeiter und Seeleute in Liverpool 1870—1890 und hier insbesondere zu deren vergleichsweise wenig bekanntem Streik von 1879¹⁷ und die von *D. Wasp* und *A. Davis* vor allem unter didaktischem Aspekt mit eindrucksvollem Bildmaterial und einem abschließenden Aufgabenkatalog für die Eigenbeschäftigung in der Schule aufbereitete Beschreibung des Londoner Streiks von 1889¹⁸. Taplin betont einleitend, die dramatischen Ereignisse von 1889/90 seien nur Teil einer langen militanten Tradition seit 1853, die mit der ersten tiefgreifenden kapitalistischen Weltwirtschaftskrise ab 1873 eine Verschärfung erfahren und dann 1879 in Liverpool einen ersten Höhepunkt erreicht habe. Auch seien bereits seit dieser Zeit bei Dockern und Seeleuten Versuche gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse festzustellen, die, obwohl kurzfristig, doch zumindest die Grundlage für spätere Organisationen abgegeben hätten.

Im wesentlichen übereinstimmend, stellen Taplin und Wasp/Davis die Streiks in einen Rahmen, der ökonomisch durch die »Great Depression« 1873—1896 und ein daraus resultierendes Erlahmen der Umschlagstätigkeit an den Küsten, durch strukturbedingten Wachstums-

17 *Eric L. Taplin*, *Liverpool Dockers and Seamen, 1870—1890* (= Occasional Papers in Economic and Social History, No. 6), University of Hull Publications, Hull 1974, VIII, 96 S., kart., £ 2.00.

18 *David Wasp/Alan Davis*, *The Great Dock Strike 1889* (= Then and There Series, ed. by M. Reeves), Longman Group Ltd., London 1974, 112 S., Pb., £ 0.40.

schwund der britischen Hafenwirtschaft infolge Überalterung und Unterkapitalisierung der Anlagen sowie durch Wettbewerbsschwächen der alten Häfen wie Liverpool gegenüber modernen Umschlagsplätzen, arbeitsorganisatorisch durch eine äußerst komplexe und verwirrende Ausdifferenzierung der Beschäftigungsverhältnisse in den Docks und auf den Schiffen (»a job structure of bewildering complexity«) und sozial durch die elenden Lebensverhältnisse eines Massenheeres von unständig beschäftigten und unorganisierten Hilfsarbeitern (»casual employment«) in den menschenunwürdigen Slums von Liverpool und des Londoner East End, durch hohe Arbeitslosigkeit und verschärfte Lohndrückerei gekennzeichnet ist.

Stellten in den Jahrzehnten vor 1890 die unübersichtlichen und vielfältig abgestuften Beschäftigungs- und Lohnstrukturen zwischen den gelernten Stauern, den partiell selbständigen Boots- und Schutenführern und dem ständig angestellten Stamm von Lösch- und Transportarbeitern einerseits und den jeweils nur nach Bedarf kurzfristig und oft im Subkontrakt nach einem komplizierten Bonus-System beschäftigten »gangs« der Gelegenheitsarbeiter mit hohem Fluktuationsgrad andererseits ein zunächst unübersteigbares Hindernis für die gewerkschaftliche Organisation, die Herausbildung eines kollektiven Klassenbewußtseins und für solidarisches Handeln dar, so änderte sich dies, als auch in den Häfen die anhaltende Depression, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Verschärfung der Ausbeutung mehr oder weniger alle Lohnabhängigen trafen, eine vereinte Frontbildung und Konzentration im Unternehmerlager (als Beispiel wird die »Cunard Line« erwähnt) auch die Gegenseite zum solidarischen und dauerhaften Zusammenschluß zwang und der Übergang von der Segel- zur Dampfschiffahrt unter den Seeleuten eine allgemeine Dequalifikation zur Folge hatte. Dies war zugleich die Stunde der großen Führer des »New Unionism« — Ben Tillett, John Burns, Tom Mann, Will Thorne — mit ihren engen Beziehungen zur marxistischen »Social Democratic Federation« (wobei Taplin abweichend etwa von Brandt Wert auf die Feststellung legt, daß trotz der Mitgliedschaft in der SDF die sozialistische Ideologie wenigstens in Liverpool in den 80er Jahren noch keine Rolle spielte) und ihrer scharfen Abgrenzung gegen die alten »craft unions«; es war aber auch die Stunde eines so bedeutenden, um sozialen Ausgleich bemühten Kirchenmannes wie Kardinal Manning, des Schlichters im Docker-Streik von 1889 (»The Cardinal's Peace«). Es war zugleich auch bei den Dockern und Seeleuten der Beginn nationaler gewerkschaftlicher Koalitionen — sei es auf der Basis der »General Unions«, sei es nach dem Industrieverbandsprinzip — mit niedrigen und auch für die Hilfsarbeiter erschwinglichen Beiträgen, einem höheren Politisierungsgrad und gesteigerter Streikbereitschaft.

Nach dem Durchbruch des »New Unionism« um 1890 bedeutete der »War Socialism« im Ersten Weltkrieg zusammen mit den schweren sozialen Erschütterungen der letzten drei Vorkriegsjahre (»labour unrest«) einen weiteren tiefen Einschnitt in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung. Ohne daß diese Zäsur hier in ihren verschiedenen Ausprägungen auch nur annähernd erfaßt werden kann¹⁹, soll lediglich eine bei Brandt bereits problematisierte Fragestellung wieder aufgenommen und unter den Bedingungen des Weltkrieges weiterverfolgt werden: die Einwirkung des politischen Denkens auf den sozialen Konflikt und die Ansätze zu seiner Lösung. J. M. Winter, Sozialhistoriker an der University of Warwick, untersucht²⁰ den Ersten Weltkrieg und den durch ihn ausgelösten gesellschaftlich-politischen Wandel als Testfall für den Einfluß und die Bewährung sozialistischer Ideen und Programme, die bereits am Vorabend des Krieges als Antwort auf die neu und verschärft ausbrechenden Klassenspannungen fest umrissen waren. Unter dem doppelten Aspekt, nach dem Sozialismus sowohl

19 Vgl. Bernd-Jürgen Wendt, War Socialism — Erscheinungsformen und Bedeutung des Organisierten Kapitalismus in England im Ersten Weltkrieg, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Organisierte Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974, S. 117—149.

20 J(ay) M(urrray) Winter, Socialism and the Challenge of War. Ideas and Politics in Britain, 1912—18, Routledge & Kegan Paul, London/Boston 1974, IX, 310 S., Ln., £ 5.50.

eine Gesellschaftsdoktrin als auch eine aus ihr abgeleitete Theorie der Aktion meint, fragt Winter, wie der Krieg politisches Denken repräsentativer englischer Theoretiker beeinflusst und zugleich, vermittelt über politisches Handeln und konkrete Programme, in weitere Bevölkerungskreise hineingetragen hat. Auf dem Prüfstand hinsichtlich ihrer politischen Praktikabilität getestet werden drei nichtmarxistische Positionen, die nach Winter zugleich drei in sich konsistente Grundrichtungen in dem buntscheckigen und heterogenen Bild des englischen Sozialismus markieren: der Fabianismus der Webbs, die christliche Sozialphilosophie R. H. Tawneys und der Gildensozialismus G. D. H. Coles. Weitgehend unverändert seine Bewährungsprobe bestanden und am tiefsten seine Spuren in der Labour Party eingegraben hat, um das keineswegs originelle Ergebnis des Buches vorwegzunehmen, der Sozialismus der Webbs. Cole und Tawney dagegen traten 1917/18 aus ihrer langjährigen Opposition gegen den reformistischen Parteikurs heraus und beteiligten sich schließlich aktiv an der Parteiarbeit, nachdem die Labour Party selbst 1918 von Sidney Webb, Henderson und MacDonald ihr erstes offizielles Programm ›Labour and the New Social Order‹ erhalten hatte und auf der Grundlage der Webbschen Ideen reorganisiert worden war. Bei dieser Annäherung blieb Tawney freilich seinen christlich-sozialistischen Idealen treu, während Cole zur Erbitterung seiner Anhänger zunächst 1917/18 die wirtschaftsfriedliche Sozialpartnerschaftsideologie der industriellen ›joint control‹ im Whitleyism²¹ (vergleichbar etwa mit der gleichzeitigen Arbeitsgemeinschaftsidee in Deutschland) als dritten Weg zum sozialen Frieden zwischen Regierungskontrolle und ungezügelter Vorkriegskapitalismus übernahm und auch 1922 formell mit seiner ›National Guilds League‹ brach. Den Nachweis, warum sich gerade das Ideengut der Webbs am Ende in der politischen Praxis erfolgreich und nahezu unverändert durchsetzte und die anderen Doktrinen weitgehend blasse Theorie blieben, führt der Autor in zwei Schritten: Zunächst untersucht er die Lage der Arbeiterbewegung und — in Antwort darauf — die Entwicklung sozialistischer Programme bei den erwähnten Theoretikern am Vorabend des Krieges 1912/14, dann im zweiten Teil — wiederum jeweils nach Autoren getrennt — den Wirkungszusammenhang von Volkskrieg, gesellschaftlichem Wandel und sozialistischem Ideengut. Das Buch klingt aus mit der bereits im Krieg gestifteten und 1918 endgültig in einem gegenseitigen Adaptionsprozeß im Parteiprogramm mit seinem berühmten Sozialisierungsparagrafen (›Clause Four‹) besiegelten ›Ehe‹ zwischen dem sozialistischen ›brains trust‹ aus dem Lager der bürgerlichen ›middle-class intellectuals‹ um S. Webb und G. D. H. Cole und den politischen Praktikern um Henderson und MacDonald sowie mit einer resümierenden Betrachtung über »The Impact of the First World War on British Socialist Thought«.

Inhaltlich werden die drei Theoretiker eingehend daraufhin überprüft, wie weit sie nicht nur von ihren Konzeptionen und hier insbesondere von ihrem Staatsverständnis her mehr theoretisch Lösungsmöglichkeiten für den verschärften Sozialkonflikt der englischen Klassengesellschaft im Kriege anzubieten hatten, sondern wie weit ihre Konzeptionen unter den gegebenen Verhältnissen auch realistisch und durchsetzbar waren. Hier entgeht Winter nicht ganz der Gefahr jedes vorwiegend ideengeschichtlichen Ansatzes, gleichsam doktrinimmanent zu argumentieren, d. h. die einzelnen Rezepte aus sich heraus auf ihre inneren Schwächen und Widersprüche abzuklopfen und nicht auch die ökonomisch-sozialen, politischen und entwicklungsgeschichtlichen Rahmenbedingungen für die Verwirklichung resp. Unterdrückung des einen oder anderen Ansatzes zu problematisieren. Auch bleibt die Attraktivität des Syndikalismus, des ›Shop Steward Movement‹ und des ›Industrial Unionism‹ gerade unter den restriktiven

21 Vgl. Bernd-Jürgen Wendt, Whitleyism — Versuch einer Institutionalisierung des Sozialkonfliktes in England am Ausgang des Ersten Weltkrieges, in: Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt/Peter-Christian Witt (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und Politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte, Bonn 1978, S. 337—353.

Bedingungen des Krieges und des inneren ›Burgfriedens‹ vor allem unter den Rüstungsarbeitern so gut wie ganz im Dunkeln.

Der Sozialismus der Webbs war nach einem Ausspruch A. Toynbees trotz seiner Grenzen und der recht unattraktiven bürokratisch-pragmatischen ›Dürre‹ seiner ›Politik der kleinen Schritte‹ (›gradualism‹) oder vielleicht auch gerade wegen seines bewußten Verzichts auf utopische Höhenflüge am besten darauf vorbereitet, den Herausforderungen des Krieges an die Arbeiterbewegung erfolgreich zu begegnen und darüber hinaus ein bis heute gültiges ideologisches Substrat für das Kriegs- und Nachkriegsprogramm der Labour Party zu liefern. Denn er hatte einen Weg zur Lösung oder doch zur Milderung des Klassenkonfliktes anzubieten, der auf institutionelle und administrative Veränderungen über den Stimmzettel, also auf einen politischen als notwendige Vorstufe zum sozialen Wandel, auf die friedliche Durchdringung des Staates im Rahmen der Verfassung und auf Wirtschaftsdemokratie, kurz: auf Evolution ohne revolutionäre Zwischenstufe abgestellt war. Der Staat sollte nach diesem Entwurf als überparteilicher Anwalt und zugleich als klassenneutraler Motor des sozialen Fortschritts die gemeinsamen Interessen einer nationalen Konsumentengenossenschaft gegen den — von den Webbs stets beargwöhnten — partikularen Produzentenegoismus von Gewerkschaften und Unternehmern verteidigen und die Bahn zur humanen Gesellschaft ebnen. Unter diesem Blickwinkel wurde das führend von Sidney Webb getragene ›War Emergency Committee‹, ein vereinigter Kriegsausschuß von Arbeiterpartei und Gewerkschaften, der zunächst mehr defensiv zur Wahrung der Rechte und der Lebensbedingungen der Arbeitnehmerschaft gegenüber dem immer stärker ausgreifenden Moloch staatlicher Kriegszwangswirtschaft gedacht war, mit der Forderung nach ›conscription of wealth‹ auch zunehmend offensiv zu einer Plattform für die Konzipierung und Durchsetzung einer gerechteren Nachkriegsordnung (›Reconstruction‹). Im Zeichen des ›Burgfriedens‹ und einer durch ihn bedingten hohen Belastung für die Einheit der Arbeiterklasse wurde der Kriegsausschuß dann zu einem wichtigen Vehikel für die Konsolidierung der politischen Arbeiterbewegung unter sozialistischer Führung und schließlich für die Umsetzung sozialistischer Doktrinen in praktische Parteipolitik der Labour Party. Das Kapital über »Sidney Webb and the War Emergency Committee« gehört, zumal da es überwiegend aus den bisher noch nicht ausgewerteten Ausschlußakten gearbeitet ist, zu den interessantesten des Buches. Gegenüber diesem relativ pragmatischen demokratisch-reformistischen Staatssozialismus mit seiner sozialintegrativen Zielsetzung konnte sich Cole mit seinem — freilich am Ende sehr abgeschwächten — Festhalten am sozialrevolutionären Klassenkampfdenken und an der industriellen Aktion als auslösendem Moment für soziale und politische Veränderungen sowie mit seiner Forderung nach ›workers' control‹ und industrieller und dann auch politischer Selbstverwaltung durch die zu Industrieverbänden (›guilds‹) umgewandelten Berufsgewerkschaften und seinem tiefen Mißtrauen gegen die Omnipotenz unkontrollierter staatlicher Apparate nicht durchsetzen. Gleiches galt für Tawney mit seiner auf der christlichen Ethik basierenden und durch die aufwühlenden Erfahrungen des Kriegsfreiwilligen in den Materialschlachten im Westen und das Erlebnis des ›Frontsozialismus‹ zusätzlich inspirierten utopischen Version vom sittlichen Wandel der Menschheit und von der Erziehung zur moralischen Läuterung als unabdingbare Vorstufen zur Aufhebung des Klassenstaates und zur Geburt des freien ›citizen of industry‹ — eine auch sprachlich deutliche Übereinstimmung mit F. Naumanns Vision vom ›Industriebürger‹!

In der vergleichenden Vorstellung dreier unterschiedlicher Wege zum Sozialismus und in der mehrheitlichen Entscheidung der englischen Arbeiterbewegung für den institutionell-bürokratisch ausgerichteten »munizipalen Sozialismus« der Webbs mit gewissen Gefahren einer obrigkeitstaatlichen Usurpation personaler und kollektiver Freiheitsräume und gegen den mehr utopischen Sozialismus eines Cole und eines Tawney liegt nach Winter — er beruft sich hier abschließend auf den berühmten französischen Sozialhistoriker Elie Halévy als Kronzeugen — das Grundproblem der sozialistischen Lösung bis heute beschlossen: die inne-

re Spannung im sozialistischen Denken zwischen dem Drang zur gesellschaftlichen und individuellen Freiheit einerseits und der konkurrierende und nicht selten entgegenwirkende Druck hin zur bürokratischen Organisation geplanter Sozialstaatlichkeit mit einer entsprechenden Gefährdung personaler Freiheit und Selbstbestimmung andererseits. »To inform the calculations of the planner and the tactics of the politician with a humanitarian vision has always been a formidable task. It is no less a challenge today than it was fifty years ago«.

Einen zentralen Platz im Traditionsbewußtsein der englischen Arbeiterbewegung nimmt auch heute mehr als ein halbes Jahrhundert danach noch der *Generalstreik von 1926* ein. Dabei ist, wie sich gerade in der umfangreichen ›Jubiläumsliteratur‹ von 1976 zeigte, die Rückbesinnung durchaus zwiespältig: Gilt der Generalstreik einerseits noch heute als Inbegriff heroischer Klassensolidarität und proletarischer Kampfbereitschaft in einer vorher und auch später nie wieder erreichten Geschlossenheit und insofern noch immer als ein allseits verehrtes und verehrungswürdiges Denkmal der Traditionspflege, so können doch andererseits selbst die Optimisten nicht umhin zuzugeben, daß das rasche Abbröckeln der Solidarität jedenfalls auf der Führungsebene nach nur neun Tagen Streik, sein für die breite Masse überraschend schneller Abbruch durch den General Council, die isolierte und am Ende erfolglose Fortführung des Arbeitskampfes durch die Bergarbeiter bis Ende November und der schließliche Triumph der Unternehmerschaft und der konservativen Sozialreaktionäre im restriktiven Gewerkschaftsgesetz von 1927 mit zu den deprimierendsten Kapiteln der englischen Arbeiterbewegung gehören, von denen diese sich erst im und nach dem Zweiten Weltkrieg wieder erholen konnte. Die ganze Spannweite der unterschiedlichen Positionen, die damals für oder gegen den Ausstand eingenommen wurden, spiegelt sich bis heute in der wissenschaftlichen Kontroverse wider. Außerdem signalisierte der Arbeitskampf mit dem Bergbau paradigmatisch eine Krise der englischen Industriegesellschaft mit ihren Wurzeln bereits Ende des 19. Jahrhunderts. Auch das Thema Generalstreik läßt sich somit nur hinreichend erschließen, wenn neben der nationalen Konfrontation zwischen den gesellschaftlich-politischen Lagern zugleich die branchenspezifischen, d. h. auch immer: die regionalen Probleme und Krisen transparent werden. Als repräsentativ für die konträre Bewertung der damaligen Vorgänge bis in die Gegenwart und zugleich für deren lokale Verankerung seien hier drei Bücher vorgestellt: die offiziöse Geschichte der ›South Wales Miners' Federation‹, eines der Zentren des Generalstreiks, zwischen Kriegsausbruch 1914 und Ende des Streiks 1926 aus der Feder R. Page Arnots²², eines Mannes, der damals als Gewerkschaftsfunktionär und ›chief strike propagandist‹ eine wichtige Funktion in der Öffentlichkeitsarbeit der ›Miners' Federation of Great Britain‹, deren Geschichte er später schreiben sollte, eingenommen hat und dementsprechend sein vitales Engagement für die Sache der Bergleute in Südwales bis heute nicht verleugnet; eine Sammlung teils wissenschaftlich analysierender, teils regionaler und teils autobiographisch gefärbter Studien von Kommunisten und Linkssozialisten überwiegend aus der Partei-, Gewerkschafts- und Erziehungsarbeit, zusammengestellt von Jeffrey Skelley²³; eine um Objektivität und Abgewogenheit im Urteil bemühte historische Darstellung von G. A. Phillips²⁴, die man insgesamt eher als klassenneutral wird apostrophieren können. R. Page Arnot spannt den Bogen seines durch zahlreiche Quellen wie lokales Pressematerial angeereicherten und verlebendigten Berichtes von der — die Zweite Internationale auf ihre bis da-

22 R. Page Arnot, *South Wales Miners. Glowyr de Cymry. A History of the South Wales Miners' Federation (1914—1926)*, Cymric Federation Press, Cardiff 1975, XV, 356 S., Ln., £ 5.50.

23 Jeffrey Skelley (Ed.), *The General Strike*, Lawrence and Wishart Ltd., London 1976, XIV, 412 S., Pb., £ 2.00; geb., £ 6.00.

24 Gordon A. Phillips, *The General Strike. The Politics of Industrial Conflict (= Radical Men, Movements and Ideas, ed. by A. F. Thompson)*, Weidenfeld and Nicolson, London 1976, XII, 388 S., Ln., £ 7.95.

hin härteste Zerreißprobe stellenden — Debatte um ›Burgfrieden‹ und ›Vaterlandsverteidigung‹ (in der sich gerade die Bergleute eindeutig hinter den Staat stellten!) über die sozialen Kämpfe der Kriegs- und Nachkriegszeit mit dem ›Schwarzen Freitag‹ für die Bergleute am 15. 4. 1921 und dem folgenschweren Zerbrechen der ›Triple Alliance‹ zwischen Bergleuten, Transport- und Eisenbahnarbeitern bis hin zur Vorgeschichte und zum Ablauf der neun Tage des Generalstreiks und zu den anschließenden sechs Monaten des isolierten Einzelkampfes im Bergbau. Die gemeinsame Decke des ›industrial truce‹ von 1914 wurde, wie Arnot zeigt, bereits im Frühjahr 1915 infolge des Streikverbots, der staatlichen Zwangsschlichtung und vor allem der Tatsache, daß die Löhne immer mehr den explodierenden privaten Profiten und den Preisen hinterherhinkten, zum Zerreißen dünn, ein Beweis dafür, daß es auch in England (ähnlich wie in Deutschland) der ›Kriegssozialismus‹, eine verbal dekorative Fassade für den Fortbestand des privatkapitalistischen Systems unter vorübergehender staatlicher Kontrolle, nicht verstanden hat, eine gerechte Verteilung der sozialen Lasten und Kosten im Kriege zu garantieren. Hier zieht sich gerade im Waliser Bergbau eine nahezu ungebrochene und durch die russische Oktoberrevolution eher noch verstärkte Linie gewerkschaftlicher Militanz und proletarischen Konfliktpotentials seit 1915 von den Auseinandersetzungen um die allgemeine Wehrpflicht und die zusätzliche Bedrohung durch eine ›industrial conscription‹ ohne eine gleichzeitige ›conscription of the rich‹, über die Kämpfe um gewerkschaftliche Anerkennung und den ›closed shop‹, die allgemeine Forderung nach Preis- und Profitkontrolle, über die Nationalisierungsdebatte mit dem syndikalistischen und gildensozialistischen Ruf nach ›workers' control‹ und ›industrial action‹ (›the mines for the miners!‹), über den ›Black‹ und schließlich den ›Red Friday‹ (31. 7. 1925) bis hin zum Generalstreik mit seinem unveränderten Forderungskatalog: Kampf gegen den Lohnabbau, Garantie von Mindestlöhnen, Absicherung des 7-Stunden-Tages, ›National Wages Board‹ mit national einheitlichen Löhnen und einem interregionalen Lohnausgleich über einen ›National Pool‹, Verstaatlichung und Reorganisation des Bergbaus. Neben diesem ideologisch-programmatischen Strang kann Arnot noch einen zweiten mehr struktureller Kontinuität zwischen 1914 und 1926 herausarbeiten, ohne den das Geschehen von 1926 ebenfalls kaum zu erklären ist: die destabilisierenden Rückwirkungen des Regionalismus und der lokalen Eigengesetzlichkeiten der Distrikte und ›branches‹ (im Bergbau ›lodges‹) gerade in Wales mit seinen spezifischen soziokulturellen Traditionen auf die Einheit und Geschlossenheit nicht nur des nationalen Dachverbandes ›Miners' Federation of Great Britain‹, sondern auch der zentralen Gewerkschaftsorganisation im TUC und General Council. Wie ein roter Faden ziehen sich durch die Kriegs- und Nachkriegsgeschichte die Spannungen und Rivalitäten sowohl innerhalb des Distrikts Südwales zwischen der Delegiertenkonferenz und dem Exekutivrat wie auch zwischen den einzelnen Distrikten mit unterschiedlichen Absatz-, Gewinn- und Lohnchancen oder schließlich auch zwischen Südwales und der Zentralexekutive. Gespannt war auch stets das Verhältnis zwischen den mehr militanten Gewerkschaften mit ihren Vorstellungen vom ›industrial unionism‹ und von der direkten industriellen Aktion und der Arbeiterpartei mit ihrer Fixierung auf den fabianischen Staatssozialismus und den Weg politisch-parlamentarischer Reformen. Diese immanente ideologische und pragmatisch-politische Frontenbildung innerhalb der englischen Arbeiterbewegung, die sich etwa in der Kontroverse um den Anschluß an die kommunistische ›Rote Gewerkschaftsinternationale‹ oder auch im ›Black Friday‹ von 1921 mit der Auflösung der einst vor dem Krieg so mächtigen Allianz zwischen Bergleuten, Transport- und Eisenbahnarbeitern als Vorspiel zur ›great surrender‹ vom 12. 5. 1926 äußerte, erklärt ein entscheidendes und auch besonders von Phillips herausgestelltes organisationsstrukturelles Schwächemoment während des Generalstreiks (Konflikt zwischen Bergarbeitern und TUC). Aus ihm erklärt sich vor allem auch die von Arnot an Hand von Tagesprotokollen stark in den Vordergrund gerückte Bildung von integrierten örtlichen Aktionsausschüssen (›councils of action‹, ›factory committees‹, ›strike committees‹) während des Streiks als bemerkenswerte organisatorische Ansätze zu einer zunächst mehr improvisierten rätedemokrati-

schen Protesthaltung an der Basis gegen die verkrusteten und vielfach untereinander zerstrittenen Gewerkschaftsbükratien.

In der Einschätzung der Frontenbildung zwischen dem ›Red Friday‹ am 31. 7. 1925 und dem Ausbruch des Arbeitskampfes am 4. 5. 1926 teilt Arnot uneingeschränkt die herkömmliche Position der linken Kritik: Danach wollte sich die Baldwin-Regierung als Anwalt der herrschenden Kreise mit dem ›Waffenstillstand‹ vom 31. Juli, d. h. der Fortzahlung der Subventionen im Bergbau und damit auch der Löhne in der alten Höhe für weitere neun Monate, nur eine Atempause erkaufen, um in der verbleibenden Zeit um so intensiver für den längst geplanten Schlag gegen die Gewerkschaften rüsten zu können. Die Arbeiterklasse dagegen paralyisierte sich schließlich dadurch in ihrem Abwehrwillen selbst, daß eine reformistische und vom Kapitalismus bereits korrumpierte Gewerkschaftsführung, eifrig sekundierte von einer ängstlich um die Dokumentation ihrer Verfassungstreue bemühten Arbeiterpartei, von Anfang an zu einer frühzeitigen Kapitulation entschlossen war und damit aus Furcht, eine revolutionäre Bewegung etwa mit Rätecharakter könne ihrer Kontrolle entgleiten, der im Klassenkampf ›vor Ort‹ solidarischen Arbeiterschaft schmählich in den Rücken fiel.

Engels' und Lenins in dieselbe Richtung weisendes bekanntes älteres Wort von der bestochenen britischen ›Arbeiteraristokratie‹ und die Ausführungen des letzteren über die englische Arbeiterbewegung, die »ein beklagenswertes Beispiel« dafür abgebe, »wie die Isolation der Arbeiterbewegung vom Sozialismus unvermeidlich zu ihrer Degeneration und zu bürgerlichen Ideen führt«, stehen im Mittelpunkt des Aufsatzes über »British Imperialism and the Labour Aristocracy«, den der Kommunist *J. Foster* als geschichtlichen Hintergrund des Generalstreiks und gleichsam leitmotivisch für seine Interpretation dem erwähnten *Sammelband von J. Skelley* voranstellt. In die gleiche Richtung weist der Beitrag »Marxism, Reformism and the General Strike« von *J. Klugmann*, einem breiteren Leserkreis bekannt durch seine »History of the Communist Party of Great Britain«. Unverdrossen wird die längst geläufige denunziatorische These marxistischer Provenienz von der verhängnisvollen Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Arbeiterpartei, vom Basisverlust reformistischer Arbeiterbürokratien und ihrem den Generalstreik schließlich entscheidenden ›Betrug‹ gegenüber den ›namenlosen Arbeitermassen‹ und von der führenden Rolle der CP an der lokalen Basis des Klassenkampfes weitergespult, die in der Literatur gewöhnlich verschwiegen werde. Zweifel, wie weit sich in der gescheiterten proletarischen Praxis nicht auch Schwächen und Widersprüche marxistischer Theorie offenbaren, scheinen einem Kommunisten bis heute nicht gekommen zu sein!

Die bereits angesprochenen einleitenden Analysen von Foster und Klugmann behandeln als Hintergrund des Streiks die permanente Nachkriegskrise des britischen Kapitalismus, der im Gegensatz zu Deutschland und den USA den entscheidenden Übergang zum ›Staatsmonopolistischen Kapitalismus‹ damals nur erst sehr unvollkommen vollzogen habe. Weitere Themen sind die enge Klassenbindung der Regierung Baldwin gegenüber der City und deren Deflations- und Goldstandardstrategie als Ausdruck der traditionellen Allianz zwischen Bankkapital und Exekutive mit dem Versuch einer Abwälzung der Lasten auf die Löhne der Arbeiterschaft sowie die sich wandelnde Zusammensetzung und Organisation der Arbeiterbewegung und das Auftauchen einer militanten Opposition von unten gegen den Reformismus, »die ihren am besten organisierten und artikulierten Ausdruck in der Politik der CP fand«. Im zweiten Teil des Buches schließen sich recht informative Regionalstudien über die spontanen Massenaktivitäten und die Arbeit der ›councils of action‹ u. a. in Westschottland, Edinburgh, Manchester, über das mittenglische Bergbau- und Schwerindustriegebiet ›Black Country‹ mit dem Zentrum Birmingham und über Südwestwales an. Persönliche Erinnerungen an den Streik u. a. in Glasgow, im Kohlengebiet von Yorkshire und im Woll- und Textilzentrum Bradford im dritten Teil spiegeln übereinstimmend die tiefe Desillusionierung und Mutlosigkeit beim überraschenden bedingungslosen Abbruch des Generalstreiks nach nur neun Tagen wider und decken sich keineswegs mit den Behauptungen in der Streikführung des

General Councils, dieser habe durch seinen Aufhebungsbeschuß nur bereits überall sichtbaren Abbröckelungstendenzen zuvorkommen wollen. Der abschließende vierte Teil der Sammlung ist den Konsequenzen des Generalstreiks für die Politik von Gewerkschaften und Labour Party gewidmet und geht dabei auch ein auf den nach Streikabbruch wieder intensiver propagierten Gedanken der wirtschaftsfriedlichen Arbeitsgemeinschaft zwischen den Sozialpartnern zwecks Konfliktlösung innerhalb des kapitalistischen Systems, aber in weitgehender Autonomie gegenüber dem Staat. Dies war die Essenz jahrelanger Gespräche ab 1928 zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsführern, der berühmten ›Mond-Turner-Talks‹.

Foster wie manche anderen marxistischen Interpreten, die primär auf den Basis-Überbau-Konflikt in der britischen Arbeiterbewegung und auf die vermeintliche revolutionäre, dann aber von oben bürokratisch gebremste und verratene Militanz an der Massenbasis während des Generalstreiks abheben, kommen in Schwierigkeiten, »den seltsamen Kontrast zwischen der beispiellosen Explosion einer schöpferischen, innovativen Klassensolidarität, ausgelöst durch den Generalstreik, und der offenkundig widerstandslosen Akzeptierung der rechten Führung dann in den folgenden Jahren« (Foster) erklären zu müssen. Hier geht Foster erfreulich über das tradierte Engels/Lenin-Schema von der »Militanz ohne sozialistisches Bewußtsein« hinaus und untersucht mit durchaus erwägenswerten Ergebnissen unter mehr entwicklungsgeschichtlichem Akzent, wie der ökonomisch und sozial brüchige Nachkriegskapitalismus Englands nicht mehr ohne weiteres — wie dies noch in der wirtschaftlichen Hochblüte des 19. Jahrhunderts der Fall war — seine Kontrolle über die gesellschaftlich nach oben drängenden Kräfte eher ungezielt auf objektive soziale Gegebenheiten wie den strukturbedingten Mangel an Kohärenz und Organisation in der Arbeiterklasse selbst und ihre desintegrierenden Elemente (etwa den Unterschied zwischen ›skilled‹ und ›unskilled‹) oder auch auf selektive ökonomische Bestechung durch einen expandierenden Markt und profitträchtiges Wirtschaftswachstum gründen konnte, sondern wie nunmehr seit dem beginnenden 20. Jahrhundert im Zeichen des ›New Unionism‹ und einer starken Politisierung der Arbeiterschaft, aber dann auch unter dem Einfluß stagnierender oder sogar rückläufiger Produktionssektoren (wie gerade im Bergbau) bewußt von den Herrschenden manipulative und kontrollierende Techniken und Strategien gegenüber den als besondere Bedrohung empfundenen Teilen der expandierenden Klassenorganisation entwickelt und gepflegt wurden: Sozialimperialismus und -chauvinismus nach dem von C. Rhodes proklamierten Motto »Empire oder Revolution«, Fabianismus, Erziehung zum Staat, Bündnispolitik zwischen Arbeiterpartei und Radikalliberalismus unter Lloyd George, Integration der Labour Party und der Gewerkschaftsführung in konstitutionelle und reformistische Bahnen durch die zeitweilige Chance der Machtpartizipation, Wohlfahrtsstaat und direkte bürokratische Kontrolle besonders während des Krieges. Das Stichwort ›Sozialimperialismus‹ als Inbegriff des Versuches, innere Spannungen durch Expansion nach außen abzulenken, zeigt, wie sehr sich hier in der kritischen Sozialgeschichte marxistische und gerade jüngst wieder hoch favorisierte nicht-marxistische Erklärungsschemata annähern.

Ein verschärfter Druck von der proletarischen Basis insbesondere seit dem kurzfristigen Triumph des ›Red Friday‹, der politische Linkstrend im ›National Minority Movement‹ und seitens der CP, die Herausbildung eines radikalisierten solidarischen Massenbewußtseins sowie die durch die Deflation und die Rückkehr zum Goldstandard 1925 immens verschärften Struktur- und Absatzprobleme eines niedergehenden Industriezweiges, des Bergbaus, hätten den kapitalistischen Staat nach Foster zeitweise 1925/26 in die Defensive und aus Schwäche zur Aufgabe seiner Manipulationspraktiken zugunsten nackter Zwangsgewalt getrieben. Mit Hilfe der ›Arbeiteraristokratie‹ im General Council sei es den Herrschenden aber schnell wieder gelungen, von der brutalen Unterdrückung in die bewährten Bahnen der Integration und Domestikation von oben zurückzulenken. Beschleunigen konnte die Regierung diesen überraschend schnellen Zähmungsprozeß — und hier wird man Foster in der Einschätzung voll zustimmen können — durch ihre raffinierte Taktik, den Arbeitskampf zu einer Gefährdung

der Parliamentsherrschaft und der Konstitution hochzuspielen, ihm also ausgesprochen politisch-revolutionäre Absichten, die er nachweislich nie gehabt hat, zu unterstellen und damit die Gewerkschaften und indirekt auch die Labour Party propagandistisch in der breiten Öffentlichkeit in die gefährliche linke Ecke von Anarchismus und Verfassungsbruch zu manövrieren. Dort drohte dann für die Arbeiterpartei ihr politischer und durch den Fabianismus ideologisch untermauerter Anspruch, auch in der Opposition gleichsam als ›S. M. Regierung im Wartestand‹ kein ›class interest‹, sondern das ›national interest‹ zu vertreten, ins Zwielicht zu geraten.

Das angedeutete interpretatorische Dilemma löst sich auf, wenn man nicht mehr (wovor übrigens auch der Marxist Klugmann dringend warnt) den Arbeitskampf von 1926 zu einer allgemeinen Herausforderung des kapitalistischen Systems und auch nicht die nachweisbar infolge der zögernden Haltung der Führung weitgehend improvisierten rätedemokratischen Basisaktionen zu einer lang aufgestauten Eruption eines revolutionären Massenbewußtseins hochstilisiert (nach Klugmann war es sogar für die CP ein echtes Problem, die Massen aus dem Griff des Reformismus zu lösen und sie zu mobilisieren), sondern den Generalstreik entwicklungsgeschichtlich in eine langfristige soziale Konfliktstrategie der englischen Gewerkschaftsbewegung einbezieht. Dies tut *G. A. Phillips* bereits mit der Formulierung seines Untertitels »The Politics of Industrial Conflict« in einer nüchtern abgewogenen, alle Aspekte sorgfältig berücksichtigenden und gut belegten Analyse, die überdies den Vorzug hat, sich auf bisher nicht ausgewertetes Primärmaterial aus dem Archiv des TUC General Council zu stützen. Auch Phillips fühlt sich als Interpret herausgefordert durch »das Zusammentreffen einer exzeptionellen Gewerkschaftssolidarität und vergleichsweise gemäßigter Ziele« im Generalstreik, der sich für ihn durch ein »fast völliges Fehlen revolutionärer Attribute« bei einem freilich hohen Grad von allgemeiner Mobilisierung ausgezeichnet hat. Während der insgesamt disziplinierte und gemäßigte Ablauf des Streiks u. a. zurückzuführen ist auf den hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad der englischen Arbeiterschaft, ihre organisatorische Konzentration und Konsolidierung zumindest in gewissen Schlüsselindustrien (Transport, Metallverarbeitung, Bauwesen u. a.), den Ausbau einer repräsentativen zentralen Instanz im General Council mit größeren Verantwortlichkeiten und insbesondere auf das Fehlen, wie gesagt, einer revolutionären Ideologie, kann der Ausbruch des Kampfes vor allem aus drei Entwicklungslinien erklärt werden, die dann als Leitfäden den Untersuchungsgang des Buches strukturieren: 1. die strikte Trennung seitens der Gewerkschaftsführung besonders nach 1918 zwischen ›industriellen‹ und ›politischen‹ Streiks, wobei die ersteren durch Gesetze und Herkommen geschützt, die letzteren jedoch außergewöhnlich und nur im Extremfall gerechtfertigt waren. Nur so ließ sich dann der allgemeine Sympathiestreik als ›industrieller Streik‹ ohne revolutionäre Implikationen begreifen, während die syndikalistische Taktik des politischen Umsturzes durch ›direkte industrielle Aktion‹ nur während des Ersten Weltkrieges größere Resonanz fand; 2. die Beziehungen zwischen Gewerkschaftsführung und Anhängerschaft und die Theoriediskussionen innerhalb der Gewerkschaften, die schon vor den 20er Jahren — erinnert sei hier etwa an die Massenaktionen der 90er Jahre und dann unmittelbar vor Kriegsausbruch — von dem allgemeinen Glauben an die Wirksamkeit der industriellen Generalstreiktaktik als eines durchaus legitimen Kampfmittels zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen bestimmt gewesen seien. Deshalb habe dann auch der TUC im Interesse seiner Glaubwürdigkeit 1926, wenn auch höchst widerstrebend, der Streikbereitschaft im Bergbau und in anderen Zweigen nachgeben müssen. Schließlich stellt der Autor 3. als Ursache die Politik der Industriellen und der Regierung seit Beginn der Nachkriegsdepression 1921 sowie die Strukturkrise im Bergbau heraus, Gegebenheiten, die dann schließlich eine so drastische Reaktion der Arbeiterschaft geradezu herausgefordert hätten.

Der Generalstreik in der für 1926 so typischen Verbindung von ›national‹ und ›sympathetic‹ war im Bewußtsein der britischen Arbeiterschaft mehrheitlich nicht ideologisch als In-

strument des revolutionären Wandels verankert, sondern mehr pragmatisch-taktisch als Produkt einer Entwicklung, die organisatorisch seit dem ›New Unionism‹ und dann, intensiviert unmittelbar vor und im Ersten Weltkrieg, mit der Ausformung des ›general‹ und des ›industrial unionism‹, der Konstituierung nationaler Gewerkschaftsverbände auch in den alten Industrien (Bergbau) sowie mit Verschmelzungen (›amalgamations‹) und Allianzbildungen (›Triple Alliance‹ von 1912) zu machtvollen Konzentrationsbewegungen und parallel zum Entstehen entsprechend umfassender nationaler Kampfformen mit dem Ziel einer Hebung der Arbeitsbedingungen und mit ausdrücklicher Unterstützung der Gewerkschaftsführungen geführt hatte. Phillips zieht also eine in sich stimmige und lediglich zeitweilig durch eine gewisse syndikalistische Politisierung des Streiks während des Krieges und unmittelbar danach unterbrochene, primär unpolitische Traditionslinie des Arbeitskampfes vom Aufbrechen des ›New Unionism‹ 1889 über die gesteigerte Militanz der ›Triple Alliance‹ (Transport, Bergbau, Eisenbahnen) als Lohnbewegung 1912/14, den ›Black Friday‹ vom 15. 4. 1921, an dem die ›Triple Alliance‹ zwar zerbrochen sei, der Gedanke an einen nationalen Sympathiestreik für die Bergleute aber zugleich großen Auftrieb erhalten habe, bis hin zum Generalstreik. Der ›Black Friday‹ soll, da sich die Bergarbeiter hier, vom TUC und der ›Triple Alliance‹ verraten, dem Lohndiktat der Unternehmer beugen mußten, im (1921 gegründeten) General Council und in den großen Gewerkschaften so etwas wie einen Schuldkomplex hinterlassen haben, der dann 1926 zur Kompensation in einem Akt der Sühne gedrängt habe, konkret also zur Demonstration kollektiver Solidarität im nationalen Sympathiestreik mit der nötigen verbalradikalen Begleitmusik. Eingehend beschäftigt sich auch Phillips mit den beiden bis heute kontroversen Kernfragen des Streiks: Spekulierte die Regierung Baldwin mit der neunmonatigen Verlängerung der Subventionen für den Bergbau vom 1. 8. 1925 bis zum 30. 4. 1926 und der Einsetzung einer ›Royal Commission‹ unter Samuel nur auf Zeit, weil sie — wie Baldwin in einer sehr umstrittenen Wendung freilich erst viel später im Unterhaus bekannte — »noch nicht fertig« gewesen sei? Warum setzten die Gegenmaßnahmen des General Council erst Ende April 1926 und auch dann nur sehr halbherzig ein, so daß fast die gesamte Frist der neun Monate praktisch untätig verstrich und der Arbeitskampf allerdings mit bemerkenswerter Effizienz dann regelrecht improvisiert werden mußte?

Zur ersten Frage unterstellt Phillips zumindest Baldwin und dem gemäßigten Flügel seines Kabinetts, noch lange ernsthaft an eine Verhandlungslösung im Montankonflikt geglaubt und bis zuletzt die ruinösen Rückwirkungen von Aussperrung und Streik auf die Wirtschaft und die nationalen Finanzen gefürchtet zu haben. Ein verhängnisvolles Maß an Unentschlossenheit und Schwäche sowie mangelnde Imaginationskraft spricht Phillips dem Premier jedoch ebensowenig ab wie eindeutige Sympathien für das privatkapitalistische Unternehmertum.

Überzeugender erscheint die Antwort auf die zweite Frage, zumal da sie sich sinnvoll im Rahmen des eingangs skizzierten entwicklungsgeschichtlichen Deutungsmusters hält und überdies auch durch die empirischen Ergebnisse von Arnot u. a. abgestützt wird: Der General Council als eine Art koordinierender und planender ›Generalstab der Arbeit‹ (allerdings ohne Exekutiv- und Zwangsgewalt!) fand sich bei der Entscheidung, mit dem Generalstreik ein im Grunde ›ungeliebtes Kind‹ zeitweilig adoptieren und hochpäppeln zu müssen, in einem doppelten, teils ideologisch-politischen, teils strukturellen Dilemma. Zum einen mußte er einwilligen in eine Konfliktstrategie, die — wie dargestellt — einen inzwischen etwa dreißigjährigen festen Platz in Theorie und Praxis der britischen Arbeiterbewegung hatte, und durfte sich im Interesse proletarischer Klassensolidarität nicht noch einmal dem Vorwurf des Defätismus und des Verrates aussetzen, wie es 1921 gegenüber der Gewerkschaftsführung geschah. Zum anderen mußte er schon mit Rücksicht auf die Labour Party, zu der personell, organisatorisch, finanziell und historisch unlösbar enge Beziehungen bestanden, die Bergarbeiter so weit unter Kontrolle halten, daß die einmal eingenommene Rechtfertigungslinie zwischen ›politischem‹ und ›industriellem‹ Streik, so verschwommen sie auch in praxi sein moch-

te, nirgendwo in Richtung auf einen Verfassungskonflikt überschritten wurde. Die Gegenseite sah bereits diesen neuralgischen Punkt mit der an sich sehr populären Forderung nach Nationalisierung, Reorganisation und Modernisierung des Bergbaus mit staatlicher Hilfe erreicht. Hier werde, so hieß es, seitens einer nicht dazu legitimierten und nur gesellschaftliche Partialinteressen vertretenden ›pressure group‹ unzumutbarer Druck auf Parlament und Regierung in einer Angelegenheit ausgeübt, die an sich nur von den verfassungsmäßigen Gewalten zu entscheiden sei. Um den Generalstreik also wirklich effektiv und durchschlagend zu machen, hätte sich die Gewerkschaftsführung programmatisch wie auch in ihrer Bündnispolitik entschlossen auf ein Terrain mit politischen Dimensionen vorwagen müssen, das mit ihrem eigenen traditionellen Legalitäts- und Verfassungsdenken nicht mehr vereinbar war und auf dem im übrigen spontane Kräfte auf der Linken entbunden zu werden drohten, deren Kontrolle sich im Nachhinein als sehr schwierig erweisen konnte. Organisationsstrukturell unterstreicht Phillips nur die Beobachtungen von Arnot und vielen anderen: Der ›Generalrat der Arbeit‹ und die vielen ihm bei- (nicht unter-!) geordneten kleinen ›Generalräte‹ der einzelnen Branchen konnten trotz aller Versuche niemals jene gebündelte Exekutivgewalt und jenen hohen Grad von organisatorischer Geschlossenheit für sich beanspruchen und auch gewinnen, der für die Führung eines einheitlichen nationalen Arbeitskampfes über eine längere Zeit an sich notwendig gewesen wäre. Dem standen gerade seitens der Bergleute tief in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung verwachsene partikulare, sektorale und regionale Sonderinteressen und Autonomieansprüche entgegen, kurz: jene zentrifugalen Tendenzen, deren Entschärfung bis heute noch nicht voll gelungen ist. Nach Phillips' Überzeugung hätte die Regierung schon mit einer gewissen Flexibilität in der Frage der Reorganisation des Bergbaus und der zeitweiligen Fortzahlung der Subventionen zumindest während einer Reorganisationsphase sowie mit entsprechendem Druck auf die Besitzer — eine Politik, die durchaus im Interesse einer preiswerten nationalen Energieversorgung und damit auch der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Englands gelegen hätte! — die von Anbeginn brüchige Front zwischen TUC und MFGB (Miners' Federation of Great Britain) auseinanderdividieren und dadurch den Generalstreik verhindern können. So stand auch der Verhandlungsausschuß des TUC im Gegensatz zur MFGB einer gewissen Lohnreduzierung bei Reorganisation nicht ablehnend gegenüber. Weitgehend hypothetisch wird die immer wieder gestellte Frage bleiben müssen, wieweit der TUC durch den unerwartet schnellen Abbruch des Ausstandes einem bereits einsetzenden Abbröckeln und damit einem letztlich für die Bergleute schädlichen ›Abnutzungskrieg‹ zuvorgekommen oder wieweit dies nur eine nachträgliche Schutzbehauptung ist. Für die Bergleute, die ihren Kampf noch bis zum 30. 11. fortsetzten, trifft diese Behauptung vom Abbröckeln jedenfalls für das Frühjahr noch nicht zu.

Zusammenfassend sieht Phillips im Generalstreik keine historische Wasserscheide, viel eher schon das Ergebnis einer in der Struktur der Arbeiterbewegung seit langem angelegten Entwicklung, in der dann freilich nach 1926 die Strategie der wirtschaftsfriedlichen Konfliktlösung, der Trend zu einem »long-established faith in a regulated system of voluntary collective bargaining«, deutlich wieder die Oberhand gewann. »Moreover the crisis of 1926 served to indicate how far the leaders and members of these institutions [i. e. the trade union organizations] shared, especially in the political sphere, the values of their fellow-citizens: the belief in constitutional modes of government, in the virtues of legality, in a pragmatic and conciliatory approach to potentially disruptive social issues«.

Gewerkschaftliche Strategien, Klassenbewußtsein und proletarische Militanz entfalten sich stets auch in einem Rahmen, der durch *staatliche Sozialpolitik*, ihre Erfolge, aber auch ihre Defizite abgesteckt ist. Es wird also konkret zu fragen sein, in welchem Grade die dargestellte Desillusionierung und Unruhe in der Arbeiterklasse *nach dem Ersten Weltkrieg* mit ihren Höhepunkten in den Streikaktionen unmittelbar nach Kriegsende und dann 1926 durch staatliches Verhalten oder Fehlverhalten in der Bewältigung der großen sozialen Probleme bedingt waren, die der Krieg als erster wirklicher Volkskrieg hinterlassen hatte. Hier infor-

miert das Buch des amerikanischen Historikers *Bentley B. Gilbert* »British Social Policy 1914—1939«²⁵ mit einer Fülle von Einzelinformationen, einer sehr kritischen, aber überzeugenden Gesamtwertung, nur leider nach einem unerfindlichen Gliederungsprinzip, das zahlreiche Wiederholungen, Rückblenden und thematische Überschneidungen zur Folge hat und dementsprechend den geduldigen Leser unnötig verwirrt. Das negative Gesamturteil über ein Vierteljahrhundert britischer Sozialpolitik ist in der Zusammenfassung ebenso knapp wie treffend gesprochen: »In a sense this book is about social politics rather than social policy«. Das meint: In den beiden Zwischenkriegsjahrzehnten hatte Großbritannien keine in sich kohärente und von einem breiten Klassenkonsens getragene »social policy« und auch keine Übereinstimmung mehr darüber, welchen Grad von Verantwortung der Staat gegenüber seinem einzelnen Bürger trug: bloße Armenfürsorge am Existenzminimum und oft darunter, Gewährung eines angemessenen Lebensstandards oder Garantie des Rechts auf Arbeit und der Vollbeschäftigung? Sowohl Signal für die Auflösung der Homogenität politischer Eliten und für den Zusammenbruch des relativ breiten sozialpolitischen Konsenses, wie er etwa im Viktorianismus des 19. Jahrhunderts — wenn auch mehr negativ im Sinne einer weitgehenden Verneinung staatlicher Verantwortung — bestanden hatte, als auch Kompensation für dieses Verschwinden eines geschlossenen und nahezu unangefochtenen gesellschaftspolitischen Entwurfes war nach Gilbert die Flucht des Staates, der Bürokratie, der Legislative und der Parteien in eine Summe von mehr oder weniger unkoordinierten und konzeptionell kaum ingeniosen sozialen Einzelmaßnahmen, administrativen Akten und Gesetzen (»social politics«), um dadurch recht halbherzig die sozialpolitische Vorkriegsgesetzgebung den neuen Erfordernissen anzupassen und den gefürchteten revolutionären Druck von unten aufzufangen. Einem hohen bürokratischen Fleiß und Aufwand mit gewiß bemerkenswerten Einzelerfolgen etwa in der Ausdehnung der Arbeitslosenfürsorge oder im Abbau des Armenrechts (»Poor Law«) fehlte der Unterbau eines umfassenden und schöpferischen Sozialstaatsprogramms. Auch Gilbert stellt die grundsätzliche und vieldiskutierte Frage, warum England erst nach 1945 den Durchbruch zum »Welfare State« schaffte und nicht schon nach 1918. Seine mit einer großen Anzahl von Einzelfakten belegte Antwort ist eindeutig und einleuchtend: Regierung und Parlament versuchten nach den Wahlen von 1918, in denen sich nicht die radikalliberalen Sozialreformer um Addison, sondern »hard-faced businessmen and war profiteers« durchsetzten, die sozialen Fragen mit rückwärtsgewandten Mitteln des »Edwardian Age«, also im Geiste eines kapitalistischen Neoliberalismus zu lösen, der schon in den Kämpfen um die Pläne Lloyd Georges für einen »National Insurance Act« 1910/11 nicht mehr unumstritten war. Die herrschenden Kreise schreckten vor der Radikalur einer sozialistischen Wohlfahrtsstaatsplanung zurück, war sie doch nach der allgemein dominierenden Vorstellung nicht nur Inbegriff einer Verschwendung der öffentlichen Hände, sondern zugleich ein tödlicher Angriff des verbürokratisierten Zentralverwaltungsstaates auf die geheiligten Traditionen der dezentralisierten »democracy of grass-roots« in Gemeinden und Städten. »The point of contention was not whether the government would assume the task of protecting welfare, but whether this would be done through socialism — either domestic British or some ghastly foreign [i. e. Russian] alternative — or some form of neoliberal social reform«.

Die neoliberale Ideologie der alten gesellschaftlichen Führungseliten geriet freilich nach dem Krieg und den Opfern breitester Bevölkerungsschichten in einen zunehmend unüberbrückbaren Gegensatz zur Erwartungshaltung und zu den Nöten einer von unten herandrängenden Arbeiterschaft und ihrer politischen Repräsentanten in der Labour Party. Der liberale Staat des 19. Jahrhunderts mit seinem Dogma vom obrigkeitlichen Fernen, auch in Not und Armut letzt-

25 *Bentley B. Gilbert*, *British Social Policy 1914—1939*, B. T. Batsford Ltd., London 1970, Reprint 1973, VIII, 343 S., kart., £ 2.00.

lich selbstverantwortlichen Individuum und vom natürlichen Einpendeln der autonomen Wirtschaftskräfte auf einem hohen Stand nationaler und internationaler Stabilität und Prosperität zeigte sich in dieser Zwischenkriegsepoche schon von seinem Selbstverständnis her der gesteigerten sozialen Verantwortung, die aus der Dauerarbeitslosigkeit resultierte, und gegenüber dem neuartigen Phänomen, daß sich die Wirtschaft in wichtigen Zweigen auch auf einem niedrigen Stand dauernder Unterbeschäftigung und stagnierenden Wachstums einpendeln konnte, nicht mehr gewachsen, ohne daß sich in diesem ›Pre-Keynesian Age‹, in dem J. M. Keynes erst zu seiner Vollbeschäftigungs- und Konjunkturtheorie ansetzte, schon der intervenierende fabianische Wohlfahrts- und Versorgungsstaat durchzusetzen vermochte. Es bedurfte hierfür erst eines weiteren, in seinen sozialen Kosten und Opfern noch viel furchtbareren Krieges, bis sich im Anschluß an den Beveridge-Report von 1942 eine Entwicklung Bahn brechen konnte, für die bereits — das macht Gilbert deutlich — in den dreißiger Jahren nicht zuletzt durch eingefleischte Liberale wie Beveridge und Keynes die Grundlagen geschaffen worden sind. Hilfloses und unkoordiniertes Herumkurieren an Symptomen der sozialen Krankheit des kapitalistischen Klassenorganismus mit radikalliberalen und bürokratischen Medikamenten zunächst eines ›New Liberalism‹ und dann eines aufgeklärten Sozialkonservatismus unter N. Chamberlain — der Autor behandelt hier im einzelnen den Hausbau, die Arbeitslosenversicherung, die Gesundheitsfürsorge, das Armenrecht, die Altersversicherung, Mütter- und Kinderschutz, Witwen- und Waisenversorgung — gab mit den Hintergrund ab für ein insgesamt sehr gereiztes und instabiles soziales Klima der Zwischenkriegsperiode.

An vier Beispielen hebt Gilbert eindringlich hervor, warum England den bereits im letzten Vorkriegsjahrzehnt unter heftiger Kritik von der Labour-Seite eingeschlagenen Weg zum Versicherungsstaat auf Beitragsbasis ein ganzes Stück weiterging, nicht aber den entscheidenden Schritt zum Wohlfahrtsstaat ohne eigene Leistungen (›non-contributory‹) tat: am Scheitern der ›Reconstruction‹-Politik Lloyd Georges 1920/21 mit dem schließlichen Verzicht auf das staatlich subventionierte Hausbauprogramm als ursprünglich geplantem Inbegriff dieses Reformwerkes; an dem innenpolitischen Ringen um die staatliche Sanierung der nahezu bankrotten Arbeitslosenversicherung bis zum Rücktritt der zweiten Regierung MacDonald im August 1931 im Zeichen einer strukturellen Dauerarbeitslosigkeit zwischen den Kriegen von mehr als 10 Prozent der Versicherten, für die die ursprünglichen Kapazitätsberechnungen ähnlich wie in Deutschland schon vor dem vollen Einsetzen der Weltwirtschaftskrise nicht mehr ausreichten; an dem Kampf um die Aufhebung des diskriminierenden Armenrechts (›Poor Law‹) von 1834 sowie an der Blockierung des ursprünglich als Kern des Sozialstaates konzipierten ›National Health Service‹ durch die ›vested interests‹ des privaten Versicherungsgewerbes. Entscheidende Weichen *gegen* das umfassende soziale Reformwerk, wie es die liberalen ›Reconstructionists‹ seit 1916 auf offizieller Regierungsebene und mit ausdrücklicher Förderung durch den Premier als Antidot gegen den Sozialismus und als parteipolitischen Köder für eine breite Wählerschaft nach dem Kriege zwischen Labour und der Konservativen Partei entwarfen, wurden schon bei den Coupon-Wahlen im Dezember 1918 gestellt, als Lloyd George aus taktischem Kalkül im Wahlkampf bewußt sein Sozialstaatskonzept (›Reconstruction‹) in den Hintergrund treten ließ und, statt sich ein Mandat für »a fit country for heroes to live in«, wie ursprünglich geplant, und für ein »rebuilding of the nation« zu holen, auf die gezielt geschürte und bis weit in die Arbeiterschaft hineinschwappende Welle chauvinistischer Emotionen und antideutscher Straffriedensdrohungen setzte. Damit wurde einer Mehrheit von Parlamentariern der Weg nach Westminster geöffnet, die unter dem schillernden und zweideutigen Begriff »Reconstruction« nicht den Ausbau des Sozialstaates, sondern im Gegenteil die *Rückkehr* zur liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des 19. Jahrhunderts mit einem Mindestmaß von staatlicher Intervention verstanden. Entscheidende fiskalische Abstützung erfuhr dieser Trend weg vom aufwendigen Versorgungsstaat 1920/21, als sich mit dem ersten bewußt deflatorischen Sparhaushalt nach

Kriegsende innenpolitisch endgültig wieder die durch Tradition geheiligten Prinzipien der Schatzamtsorthodoxie im Zusammenspiel zwischen der Treasury unter N. Chamberlain, der Bank von England unter M. Norman, der Bankwelt der City und der Privatindustrie, außenpolitisch flankiert von Gläubigerinteressen der amerikanischen Nationalbank, durchsetzten, wonach — frei nach Gladstone — jeder penny, den der Staat in den Taschen seiner Bürger beließ, weit produktiver angelegt war als das Geld, das er über direkte oder indirekte Besteuerung etwa für öffentliche Wohlfahrtspflege konfiszierte. Diese finanz- und währungspolitische Spar- und Deflationsstrategie der öffentlichen Hände ab 1920, die das erste allgemeine Konjunkturtief der Nachkriegszeit noch zusätzlich prozyklisch verschärfte, hinterließ zahlreiche Reformruinen insbesondere im staatlich subventionierten Wohnungsbau und in der Arbeitslosenversicherung. Öffentliche Wohlfahrt war nach einem in der Geschäftswelt außerordentlich populären Wort W. Churchills dann am besten garantiert, wenn sich die Privatwirtschaft frei von staatlichen Fesseln und mit einem Minimum steuerlicher Belastungen entfalten konnte — ein liberales Credo, das in der Zeit konkurrenzlosen Wirtschaftswachstums für England durchaus seine Berechtigung gehabt haben mag, aber im 20. Jahrhundert, wie schon am Bergbau gezeigt, immer mehr in Widerspruch zu den harten Realitäten ökonomischer Strukturschwächen, Wachstumsverzögerungen, Absatzkrisen und massiver internationaler Wettbewerbseinbußen mit entsprechend weitreichenden sozialen Implikationen geriet.

Wie erfolgreich privatwirtschaftliche und parochial-konservative Interessen, unterstützt von entsprechenden Mehrheiten im Parlament, ihre reaktionäre Bremswirkung gegen alle Ansätze zum Sozialstaat nach 1918 geltend zu machen vermochten, verdeutlicht Gilbert an den erbitterten Kontroversen um ein Gesundheitsministerium, das alle Vollmachten zum Aufbau eines allgemeinen öffentlichen Gesundheitswesens (›National Health Service‹) mit Präventivmedizin in sich vereinigen sollte, sowie an dem letztlich ebenso erfolglosen Kampf um die endgültige Ablösung des Armenwesens mit seinem entwürdigenden ›means test‹ durch den Grundsatz staatlicher Fürsorgeverpflichtung. *Noch* standen sich das überkommene liberale Individualitätsprinzip, nach dem Not und Armut in den meisten Fällen nur Ausfluß charakterlicher Schwäche darstellten und nur dort durch kommunale Armenpflege gelindert werden durften, wo sie nachweisbar unverschuldet waren, auf der einen und das moderne Sozialstaatsprinzip auf der anderen Seite relativ unvereinbar gegenüber, in dem das Recht auf Arbeit mit einer aktiven staatlichen Vollbeschäftigungspolitik oder andernfalls das Recht auf staatlichen Unterhalt (›work or maintenance‹) proklamiert wurden. Zunächst noch für die Labour Party und auch für die radikalliberalen Sozialreformer uneinnehmbare Bastionen der überkommenen Sozialphilosophie waren, gestützt von mächtigen Kräften im Parlament, in den ›local authorities‹ der Städte, Gemeinden und Grafschaften, in den Parteien und in der Parlamentslobby, einmal die private Versicherungswirtschaft (›industrial insurance companies‹), die zwar durch ihre besonders konzessionierten Agenturen (›approved societies‹) an der Mitverwaltung des nationalen Versicherungssystems von 1911 auf Beitragsbasis indirekt reichlich verdiente, aber mit der Einführung einer rein staatlichen Gesundheits- und Altersfürsorge aus diesem lukrativen Geschäft (wie es dann auch 1945 faktisch geschah) weitgehend ausgebootet zu werden drohte, sowie zum anderen die kommunalen Armenbehörden (›Poor Law guardians‹, ›boards of the guardians‹), in denen sich zugleich eine seit fast hundert Jahren verwurzelte lokalpolitische Honoratiorenmacht mit erheblichem Einfluß auf die Ortsbezirke der Parteien, die ›local authorities‹ und auch das kommunale Finanzwesen verkörperte. »Unfortunately, by the end of the war, when the Prime Minister began to think of improvement of the health of that nation as one of the central reform in the building of a better Britain, the approved societies were already a well-entrenched vested interest in the administration of national health insurance. They refused to permit the integration of the service they operated into a larger preventative and clinical apparatus handled by the new Ministry of Health. They insisted that the insurance be kept independent of all competing services operated by the State. [...] But in maintaining their independence for a quarter of a century [...]

the approved societies showed a lobby skill that ought to rank them among the most formidable of modern British parliamentary interests«.

Gilberts Untersuchungsergebnisse sind ein eindrucksvolles Beispiel für die Beharrungskraft überlieferter staatlich-politischer und ideologischer Überbauphänomene in einer Übergangsperiode, da sich an der gesellschaftlich-ökonomischen Basis mit der Herausbildung neuer Wirtschaftssektoren und -formen, dem mächtigen Anschwellen der Arbeiterbewegung mit eigenem politischem Vertretungsanspruch in der Labour Party sowie mit dem Auftauchen einer nicht mehr nur kurzfristig konjunkturbedingten, sondern nunmehr auch langfristig-strukturellen Massenarbeitslosigkeit und einem entsprechenden sozialen Konfliktpotential entscheidende Wandlungsprozesse vollzogen, die an sich ein neues interventionistisches Instrumentarium und eine gewandelte sozialpolitische Einstellung notwendig machten.

Erst mit dem *Zweiten Weltkrieg* und dem unerwarteten Wahlsieg der Labour Party unter Attlee und Bevin im Sommer 1945 wuchs die englische Arbeiterbewegung politisch als vollwertiger Partner in den bürgerlichen Staat hinein und erreichte ihrerseits das, was ihr nach 1918 versagt geblieben war, seine *Umwandlung zum Wohlfahrtsstaat*. In dem Augenblick aber, da Labour zum erstenmal unangefochten die staatliche Macht beanspruchen konnte, hatten sich die seit langem anstehenden Probleme des kapitalistischen Produktionssystems nunmehr durch Kriegs- und Nachkriegszeit aufs höchste verschärft. Staatliche Wirtschaftspolitik stand damals und steht eigentlich bis heute vor der nahezu unlösbaren Aufgabe, eine vierfache Zielprojektion gleichzeitig auf einen Nenner zu bringen, ein »magisches Viereck« der Stabilitätspolitik zu realisieren: Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, Währungsstabilität und eine ausgeglichene Handels- und Zahlungsbilanz. Unter dem Diktat der amerikanischen Gläubiger, des Weltwährungsfonds, der dauernden Pfundschwäche und der ungebrochenen Macht der Schatzamtsorthodoxie ständig zwischen längerer deflationierender Spar- und kurzfristig reflationierender Ankurbelungspolitik hin- und herschwankend (»Stop-and-Go-Policy«), brachten die Nachkriegsregierungen unabhängig von ihrer jeweiligen parteipolitischen Ausrichtung in den ohnehin schon geschwächten Wirtschaftsorganismus zusätzlich ein Element der Unruhe und Unsicherheit, das sich langfristig in erheblichen Wachstumsverzögerungen, verglichen etwa mit der Nachkriegsentwicklung in den USA oder Westdeutschland, in chronischen Bilanzschwierigkeiten und einem fortgesetzten Zwang zur staatlichen Stabilisierungsintervention niederschlug. Interessanterweise unterschieden sich hier in ihren stabilitätspolitischen Konzepten und Instrumentarien Labour- und konservative Regierungen kaum voneinander. Beide Parteien gingen davon aus, daß primär überhöhte Lohnforderungen für die inflationären Tendenzen, die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit, das Ausbleiben zureichender Inlandsinvestitionen und damit letztlich für die stagnierende Wirtschaft, die passiven Außenbilanzen und die andauernde Pfundschwäche verantwortlich seien und daß dementsprechend staatliche Steuerung zuerst bei den Masseneinkommen der Beschäftigten anzusetzen habe. Staatliche Einkommenspolitik (»Incomes Policy«) wurde — sei es auf freiwilligem, sei es auf gesetzlichem Wege — zur Daueraufgabe aller Nachkriegsregierungen bis zur Gegenwart. Herausragende Höhepunkte dieser Politik waren die Jahre 1948/50 und 1964/67, als die Labour-Mehrheit im Parlament unmittelbar nach dem Wahlsieg durch das berühmte »Gesetz über Preise und Löhne« von 1966 sogar zeitweise einen rechtsverbindlichen Lohn- und Preisstop mit staatlichen Sanktionsmöglichkeiten zur Durchsetzung verfügte und damit die Tariffreiheit zeitweilig außer Kraft setzte. Die »Incomes Policy« scheiterte mit ihrem Ziel der Inflationsdämpfung von der Lohnseite her aber immer wieder an zwei grundsätzlichen Schwierigkeiten: Einmal wurde die Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften zum »wage restraint« auch von der Labour Party dadurch stets überstrapaziert, daß es der staatlichen Kostendämpfungspolitik an sozialer Symmetrie fehlte und sich jede Regierung, die Labour-Regierungen eingeschlossen, bewußt weigerte, die Bremse bei Preisen und Gewinnen ähnlich entschlossen anzuziehen wie bei den Löhnen. Auch Labour schreckte davor zurück, durch Einfrieren der Profite und durch Divi-

dendenstop dem privaten Unternehmertum und seinem Anlagekapital einen Investitionsanreiz im Inland zu nehmen und dadurch, wie es hieß, einen der wirkungskräftigsten privaten Motoren für das Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft lahmzulegen. Zum anderen wird man sich immer wieder vor Augen halten müssen, daß Sozialbeziehungen, die wie die englischen so nachdrücklich von Traditionen, von ›vested interests‹, vom Prinzip der Freiwilligkeit (›voluntarism‹), vom Charakter des Fragmentarischen, von tief verwurzelten und sehr komplexen partikularen und sektoralen Interessenschwerpunkten (›particularism and sectionalism‹) und schließlich von einer ebenfalls geschichtlich begründbaren Obrigkeitsferne (›abstention of Law and of State‹) geprägt sind, naturgemäß nur sehr schwer, wenn überhaupt einen Ansatzpunkt für staatliche Konjunktursteuerung, die über den relativ begrenzten budgetären Rahmen hinausgeht, bieten. So wurden denn auch die offiziellen Lohnleitlinien, selbst solche mit zeitweiliger Gesetzeskraft, und die nationalen, industrieweiten Abschlüsse seitens der Gewerkschaften, wenn sie über einige Jahre wie 1964/67 annähernd im Einklang mit den staatlichen Daten standen, immer wieder besonders unter dem Eindruck der Vollbeschäftigung konterkariert durch hohe innerbetriebliche Zusatzleistungen, so daß die Effektivlöhne in der Regel immer weiter von den tarifvertraglich vereinbarten ›abdrifteten‹ (›wage drift‹). Hier wirkten traditionelle Struktureigentümlichkeiten des englischen Tarif- und Gewerkschaftswesens deutlich inflationstreibend: das Neben- und auch oft Gegeneinander von zwei Systemen, einem formalisierten und zentralisierten mit offiziellen gewerkschaftlichen Institutionen und festgelegten Vorgehensweisen (›procedures‹), in dessen Rahmen in der Regel Tarifabschlüsse zwischen den Spitzenverbänden für einen gesamten Industriezweig getätigt werden (›industrywide collective bargaining‹), und einem weitgehend informellen, dezentralisierten und fragmentarischen, das zu innerbetrieblichen Vereinbarungen führt und von den in dem jeweiligen Betrieb gewerkschaftlich Organisierten und deren Vertrauensleuten, den Shop Stewards, getragen und seit bald hundert Jahren eigenständig entwickelt wird (›domestic or workshop bargaining‹). Hier liegt zugleich ein innerbetriebliches Konfliktfeld, das sich immer wieder in den gewerkschaftlich nicht genehmigten (›unofficial‹) und auch den zwischen den Spitzenverbänden vereinbarten Konfliktlösungsmechanismen (›procedure agreements‹) nicht unterliegenden (›unconstitutional‹) Streiks, den ›wild-cat strikes‹, entlädt. Der kostentreibenden Lohndrift infolge hoher betrieblicher Zusatzvereinbarungen zwischen dem Unternehmer und den Shop Stewards war ebensowenig wie den im obigen Sinne ›wilden Streiks‹ (95 Prozent aller Streikbewegungen!) durch staatliche Lohnleitlinien oder Stillhalteabkommen mit den Gewerkschaftsführungen beizukommen, sondern nur durch direkte gesetzliche Eingriffe in die Sozialbeziehungen, etwa dadurch, daß die betriebliche Basis und mit ihr die Shop Stewards wieder stärker von den Gewerkschaftsführungen kontrolliert und in das nationale Tarifnetz sowie die offiziellen Organisationsstrukturen eingebunden wurden. Staatliche Eingriffe in die ›industrial relations‹ mit dem Zweck einer gründlichen Reform des tradierten Arbeitsrechts, einer radikalen Einschränkung der unkontrollierten Streikbewegungen und einer stärkeren Anbindung der Effektivlöhne an die offiziellen Lohnleitlinien und Abschlüsse markieren ab 1968 eine neue, nunmehr direkt auf die Gewerkschaftsstrukturen zielende Phase der Inflationsbekämpfung und Stabilisierungspolitik. Ihre entscheidenden Etappen sind 1968 die Erstellung eines Berichtes der 1965 durch die Regierung Wilson eingesetzten Königlichen Kommission unter Lord Donovan mit der Aufgabe, »die Beziehungen zwischen Unternehmern und Beschäftigten sowie die Rolle der Gewerkschaften und Unternehmerverbände in der Förderung ihrer Mitgliederinteressen und bei der Beschleunigung des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts der Nation zu untersuchen unter besonderer Berücksichtigung des Rechts, wie es die Aktivitäten dieser Organisationen beeinflusst« (aus dem Vorwort des Donovan-Report), im gleichen Jahr das Erscheinen des konservativen Programms ›Fair Deal at Work‹, im Januar 1969 die Veröffentlichung des Weißbuches der Labour-Regierung ›In Place of Strife‹, das in seinem Eintreten für massive staatliche Interventionen in die Sozialbeziehungen sogar noch weit über die Kommissionsempfehlungen hin-

ausgang und die Partei einer schweren inneren Zerreißprobe unterwarf, bis es fallengelassen wurde, sowie schließlich 1971 das ›Industrial Relations Act‹ der Regierung Heath, in dem die Kontrolle und Disziplinierung der Gewerkschaften und der Shop Stewards durch den Staat ein vorher nie gekanntes Ausmaß erreichten und das infolgedessen heftigsten Widerstand in der Arbeiterbewegung auslöste. Der doppelte Wahlsieg Wilsons im Februar und Oktober 1974 führte zur sofortigen Aufhebung des konservativen Industriegesetzes und zur Rückkehr in die Bahnen freiwilliger staatlicher Einkommenspolitik, diesmal in enger Absprache mit den Gewerkschaften auf der Grundlage des inzwischen mehrfach verlängerten ›Sozialkontraktes‹ (›Social Contract‹). Die ›Phase drei‹ dieses freiwilligen und mehr informellen, aber insgesamt doch bisher erstaunlich bewährten ›Lohndmpfungspaktes‹ zwischen Labour-Regierung und TUC (also ohne die Unternehmerseite!) nähert sich augenblicklich (Juli 1978) ihrem Ende.

Dieser mehr skizzenhaft strukturierte Ablauf staatlicher Intervention im Dienste der Kostendämpfung und der allgemeinen wirtschaftlichen Stabilisierung seit dem Kriege mit jeweils unterschiedlichen Ansätzen und Akzentuierungen — freiwillige Einkommenspolitik 1948/50 und 1964/66, gesetzlicher Lohn- und Preisstop 1966/67, arbeitsrechtliche Eingriffe 1968/71, Sozialpakt seit 1974 — ist wesentlich bestimmt durch zwei Problemfelder, die in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung der letzten hundert Jahre eine zentrale Rolle gespielt haben, infolgedessen in diesem Literaturbericht immer wieder thematisiert sind und abschließend an Hand zweier Bücher noch einmal zusammenfassend vorgestellt werden sollen: Dabei handelt es sich zum einen um das Verhältnis zwischen einer ihrem Selbstverständnis und ihrer Tradition nach integrationistischen und reformistischen Labour Party mit ihrem Anspruch, als breit gegründete nationale Volkspartei gleichsam über den Klassen zu stehen, das ›national interest‹ zu vertreten und das Ideal sozialpartnerschaftlicher Harmonie zu verwirklichen, einerseits und einer industriell militanten Gewerkschaftsbewegung als Klassenorganisation, die nichtsdestoweniger an der Wiege der Partei gestanden und niemals ihre enge Bindung zu ihr verleugnet hat, andererseits; zum anderen waren die Gewerkschaften selbst seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts wachsenden Spannungen zwischen einer immer fester in den kapitalistischen Staat eingebundenen Führungselite und einer militanten Basis in der Anhängerschaft ausgesetzt, die mit unterschiedlicher Intensität, schon im Ersten Weltkrieg und dann verstärkt nach 1945 im Zeichen staatlicher Einkommenspolitik, gegen die Anpassungsstrategie der Gewerkschaftsbrokratien, gegen verkrustete Organisationsstrukturen und eine systemkonforme Lohnpolitik von oben revoltierte und sich selbst autonome demokratische Zentren des Widerstandes in den Shop Stewards, in Arbeiter- oder Betriebsausschssen (›work committees‹) schuf, ohne freilich ihre Loyalität zur Organisation oder zur Partei grundsätzlich je in Frage zu stellen oder in die verfassungswidrigen Bahnen einer gewaltsamen Sozialrevolution abzutreiben.

Beide — untereinander in engem Zusammenhang stehenden — Problemfelder zeichneten sich bereits als Charakteristika des Generalstreiks von 1926 ab, sie sind als konstitutive Elemente der Nachkriegsentwicklung mit unterschiedlichem Schwerpunkt Gegenstand der sehr materialreichen, informativen und solide fundierten Dissertationen von L. Panitch²⁶ und G. R. Degen²⁷. Panitch, ursprünglich Schüler von R. Miliband an der ›London School of Economics and Political Science‹, geht aus von einem aktualisierten Korporativ-Modell der ›new group politics‹ mit staatskapitalistischem Einschlag und rückt mehr das Verhältnis Partei-Gewerkschaften in den Vordergrund, während Degen (hnlich wie das eingangs vorgestellte Buch von Banks) eine mit systemtheoretischen Bezügen angereicherte, teils historisch-gene-

26 Leo Panitch, *Social Democracy & Industrial Militancy. The Labour Party, the Trade Unions and Incomes Policy, 1945—1974*, Cambridge University Press, Cambridge/London/New York/Melbourne 1976, X, 318 S., geb., £ 11.00.

27 Vgl. Anm. 8.

tische, teils systematisch-analytische Konfliktstudie über die Shop Stewards im mikro- und makroökonomischen Bezugsfeld auf der Grundlage eines selbst erstellten sozioempirischen Befragungsmaterials liefert.

Nach Panitch, der sich hier theoretisch wesentlich auf die Untersuchungen von S. H. Beer bezieht²⁸, versuchten die Nachkriegsregierungen und insbesondere auch die Labour Party, auf freiwilliger Grundlage, zeitweise aber auch mit gesetzlicher Absicherung, dem krisengeschüttelten liberaldemokratisch-kapitalistischen Staat gleichsam ein ›quasi-korporatives‹ Stützkorsett einzuziehen, indem sie die kollektiven Interessenorganisationen, weit straffer freilich die Arbeitnehmer- als die Arbeitgeberverbände, über die staatsinterventionistische Einkommenspolitik zu Agenten und Transmissionsriemen sozialer Kontrolle über die Mitglieder machten (›new group politics‹) und damit den Klassenkonflikt durch eine harmonisierende Konzeption der ›community of interests‹ zwischen ›Kapital‹ und ›Arbeit‹ zu überwölben, zu regulieren und schließlich einzuebnen sich bemühten. Dieses Modell des ›quasi-‹ oder ›neo-corporatism‹ deckt sich in vielem mit dem von Ch. Maier insbesondere für den Ersten Weltkrieg und die Zwischenkriegszeit in Europa entwickelten Paradigma des ›korporativen Pluralismus‹²⁹ und seinen Erscheinungsformen: tendenzielle Aufhebung des Dualismus von Staat und Wirtschaft mit einer wachsenden wechselseitigen Durchdringung, zunehmende Intensität der Interessenorganisationen, kontinuierliche Abnahme parlamentarischer Kontrolle über die Wirtschaft und Verlagerung der politischen Entscheidungsprozesse von parlamentarischen Gremien auf Interessengruppen, Unternehmenskonzentration, wachsende Selbstregulierung der Industrie. Der Klassenkonflikt soll mit Hilfe staatlich initiiertter Regulierungsmechanismen zwischen den gesellschaftlichen Machtgruppen ›am runden Tisch‹ entschärft, so etwas wie ein Kräftegleichgewicht unter den Gruppen selbst hergestellt und dadurch die kapitalistische Ordnung innerlich konsolidiert werden. Für die Gewerkschaften bedeutet das von der Konzeption her Einpassung in ein ganzheitlich-harmonisches Gefüge der Sozialpartnerschaft mit dem Recht zur korporativen Interessenvertretung in den nationalen Entscheidungsprozessen. Einer — im Gegensatz zum faschistischen oder nationalsozialistischen Korporativstaat! — ausdrücklichen Anerkennung des freien Assoziationsrechts und der verbandlichen Entscheidungsautonomie steht allerdings die Pflicht zur Innehaltung der funktionalen Hierarchie (in den Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen) und der sozialen Disziplin gegenüber. Der Staat wird in diesem Modell als weitgehend klassenneutral begriffen; konkreten Ausdruck findet diese korporative Sozialpartnerschaft in der ›konzertierten Aktion‹ oder im ›new social contract‹ als mehr informellen wirtschaftlichen Koordinations- und Schlichtungsinstanzen außerhalb der verfassungsmäßigen Gremien.

Dieses gesellschaftliche Modell des ›quasi-corporatism‹ und die aus ihm hergeleiteten und mit seiner Hilfe zugleich abgestützten einkommenspolitischen Konzeptionen der Labour-Führung liefern zwar einen wichtigen Schlüssel zum Verständnis der Nachkriegsgeschichte, sie erwiesen sich allerdings in der rauhen Wirklichkeit der britischen Klassengesellschaft und angesichts der enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie Panitch mit großer Akribie Stufe für Stufe zwischen 1945 und 1974 nachweist, als höchst instabil und am Ende wirkungslos. Denn der Sozialkonflikt verlagerte sich, wie die scharfen Auseinandersetzungen 1969 um ›In

28 S. H. Beer, *The Comparative Method and the Study of British Politics*, in: *Comparative Politics*, Vol. 1, No. 1, 1968, S. 32; *ders.*, *Modern British Politics*, London 1965, S. 395, vgl. S. 319—331.

29 Charles S. Maier, *Strukturen kapitalistischer Stabilität in den zwanziger Jahren: Errungenschaften und Defekte*, in: H. A. Winkler (Anm. 19), S. 195—213; *ders.*, *Recasting Bourgeois Europe: Stabilization in France, Germany, and Italy in the Decade after World War I*, Princeton 1974; *ders.* in: *Hans Mommsen/Dietmar Petzina/Bernd Weisbrod* (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974, S. 950 ff.

Place of Strife« und auch später um die einzelnen Phasen des »Sozialkontraktes« zeigen, in die Labour Party und die Gewerkschaften hinein und führte zu komplexen Frontbildungen zwischen einzelnen Flügeln innerhalb der Arbeiterbewegung. Das Bemühen um korporativen Interessenausgleich mit Hilfe des Interventionsstaates war weiterhin permanent bedroht durch das Fortbestehen sozialer Ungleichheiten und keineswegs eingeebnetter Klassenstrukturen sowie durch die Vorstellung der Labour Party, die Lasten ließen sich über die staatliche Einkommenspolitik ungestraft asymmetrisch auf die Masse der Lohn- und Sozialrentenempfänger abwälzen. Nationalintegrative Klassensynthese von oben und betriebliche Klassenmilitanz von unten waren und sind schwer zu harmonisieren, zumal wenn »von oben« mit gesetzlichen Eingriffen oder gar Strafandrohungen — wie bei der Industriegesetzgebung unter Heath — nachgeholfen wird oder »von unten« die Gewerkschaften ihre freiwillig eingenommene Rolle als Vollzugsorgane staatlicher Stabilitätspolitik »honoriert« sehen durch Mitgliederschwund oder offene Auflehnung von Einzelorganisationen, Ortsverbänden oder Shop Stewards. Dennoch ist immer wieder festzustellen, daß die Trade Unions in England die Labour Party letztendlich loyal als ihre ureigene politische Repräsentanz stützen und ihr auf dem dornigen Weg des »national interest« weit folgen, selbst wenn dies zeitweilig — wie bei der staatlichen Einkommenspolitik — auf Kosten des geheiligten Prinzips des »voluntarism« und der Tariffreiheit geschieht; sie tun dies, um der beargwöhnten Alternative staatlichen Zwangs oder eines konservativen Wahlsieges möglichst auszuweichen oder auch nur deshalb, weil sie sich von ihrer Kooperation doch noch eine Erhöhung der Reallöhne erhoffen. Schon 1926 im Generalstreik und dann auch in den konfliktreichen Situationen nach 1945 drohte die industrielle Militanz nirgendwo ernsthaft und in nennenswertem Ausmaß in proletarische Revolution umzuschlagen.

Auch erweist sich, worauf Panitch besonders hinweist, die tief in der Geschichte verankerte und weithin quer durch alle Klassen geachtete parlamentarische Verfassung Großbritanniens immer wieder als entscheidende Bremse für einen Umschlag des zeitweiligen »quasi-korporatism« mit mehr oder weniger Freiwilligkeitscharakter in einen Korporativen Zwangsstaat faschistischer Prägung oder auch, sollte man hinzufügen, in sozialrevolutionäre Anarchie. Den folgenschweren Schritt vom liberaldemokratischen Rechtsstaat mit seiner verfassungsmäßig garantierten politisch-rechtlichen Gleichheit hin zum Polizeistaat mit der Aufhebung des freien Rede- und Assoziationsrechts wie in Deutschland und Italien haben selbst sozialreaktionäre Kreise zwecks Durchsetzung korporationsstaatlicher Utopien niemals ins Auge gefaßt, auch 1971/74 unter Heath nicht, als immerhin das Arbeitsrecht mit dem »Industrial Relations Act« dem in der Geschichte bisher schärfsten Druck gesetzlicher und richterlicher Zwangsregulierung unterworfen wurde. Schließlich erklärt sich die Instabilität staatlicher Konjunkturpolitik vor allem auch daher, daß die gesellschaftspolitischen Experimente äußerst negativ überschattet waren von den Auswirkungen einer stagnierenden und ineffizienten Wirtschaft mit einem sehr geringen Zuwachs des Sozialprodukts.

Verfolgt Panitch den Sozialkonflikt vorwiegend an der Bruchlinie zwischen integrierter Sozialdemokratie und gewerkschaftlicher Militanz, so analysiert *Degen* in seiner breit angelegten Studie die Konfliktpotentiale innerhalb der organisierten Arbeiterschaft selbst. Allerdings kommt auch er zu dem Ergebnis, daß tradierte Loyalitätsbindungen in der Arbeiterbewegung und die Einbindungskraft des Verfassungssystems stets die überlieferten Organisationen und Strukturen intakt und hinsichtlich gewandelter Aufgaben anpassungsfähig gehalten und eine Radikalisierung des industriellen hin zum proletarisch-revolutionären Kampf sowie eine Sprengung des politisch-sozialen Systems verhindert haben.

Degen stellt in den Mittelpunkt seiner Untersuchung den »Grundkonflikt zwischen dem betrieblichen Willensbildungsprozeß der Mitglieder und dem Kontroll- und Weisungsanspruch der offiziellen Gliederungen« und die konfliktträchtige Doppelfunktion der Shop Stewards zwischen beiden Ebenen: Einerseits leiten sie ihre Legitimation als im Betrieb gewählte gewerkschaftliche Interessenvertreter aus dem Vertrauen ihrer gewerkschaftlich organisierten

Kollegen am Arbeitsplatz ab, sind diesen unmittelbar verantwortlich, unterliegen dem imperativen Mandat und erfüllen relativ autonom sehr weitgestreute, alltäglich im Betrieb anfallende Aufgaben wie die Festsetzung von Überstunden, Leistungslöhnen und weiteren innerbetrieblichen Zuschlägen, von Arbeitsplatzbewertungen (*grading*) und Akkordarbeit, die Kontrolle der Arbeitsbedingungen (*craft rules*) und der Entlohnung, die innerbetriebliche Konfliktregelung, Mitgliederbetreuung, die Überwachung von Sicherheits- und Gesundheitsbedingungen und schließlich ein Mitspracherecht bei Rationalisierungen und der Einführung neuer Maschinen. Andererseits müssen sie als Voraussetzung und Grundlage ihrer Arbeit im Betrieb eine Bestätigung und Beglaubigung ihrer Gewerkschaft vorweisen, sind dieser gegenüber formal rechenschaftspflichtig und handeln etwa in der Einziehung der Beiträge oder der Mitgliederwerbung als offizielle Gewerkschaftsfunktionäre. Vielfach müssen die Shop Stewards resp. die Senior Stewards oder Conveners im Betrieb selbst als Vertreter der Gesamtbelegschaft über die Gewerkschaftsgrenzen hinweg insofern eine organisatorische Lücke füllen, als die gewerkschaftlichen Ortsgruppen ihre Mitglieder herkömmlicherweise nach ihrem Wohnsitz (*geographically-based branches*) und nicht nach ihrem Arbeitsplatz erfassen und deshalb schon von ihrem Aufbau her relativ schwer Zugang zum Betrieb finden.

Degen macht in seiner organisationssoziologischen Studie über »Selbstverständnis, Funktion und Bedeutung der über 300 000 Shop Stewards in Großbritannien« unter entwicklungsgeschichtlichem und systematischem Aspekt deutlich, unter welchen historischen Bedingungen und innerhalb welcher Willensbildungsprozesse und Entscheidungsabläufe jeweils eine der beiden Funktionen — Vertrauensmann oder Gewerkschaftsfunktionär — in den Entwicklungsphasen des britischen Gewerkschaftswesens dominierte, wie sich ihr wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis gestaltete und welche Konsequenzen sich aus dem erwähnten strukturellen und funktionalen Grundkonflikt in der Rolle der Shop Stewards für die Gewerkschaftsführungen, die Unternehmer und auch für die gesamte politisch-soziale und ökonomische Ordnung des Landes ergaben. Der Schwerpunkt der Analyse liegt wie bei Panitch auf der Nachkriegszeit mit ihren Streikbewegungen und staatlichen Eingriffen in die gewerkschaftliche Tarifhoheit und in das Arbeitsrecht sowie auf den Rückwirkungen, die diese Eingriffe für die Tätigkeit der Shop Stewards hatten. Besonders die Behandlung der Problemfelder *Streiks* und *gewerkschaftliche Bildungsarbeit* im vierten Hauptteil stützt sich auf umfangreiches statistisches Material, industrielle Fallstudien, auf eigene sozialempirische Erhebungen des Autors und seine langjährigen persönlichen Erfahrungen in der englischen Arbeitswelt.

Panitch und Degen schließen mit zwei zentralen Fragen nicht nur an die Zukunft der Gewerkschaften und des politisch-sozialen Systems in Großbritannien, sondern weit darüber hinaus an die Entwicklungs- und Überlebenschancen internationaler gewerkschaftlicher Gegenmachtstrategien und einer industriewirtschaftlichen Ordnung der *mixed economy*, wie sie sich heute überall im Westen herausgebildet hat. Am Beispiel transnationaler Konzentrations- und Machtbildungen wie etwa bei den multinationalen Konzernen oder auch im EG-Bereich verdeutlicht Degen »die unabdingbare Notwendigkeit der Entwicklung internationaler Gewerkschaftsstrategien«. »Voraussetzung dafür ist jedoch die genaue Kenntnis der unterschiedlichen Verhältnisse und Strukturen in den einzelnen Ländern«. Er will seine Arbeit denn auch verstanden wissen als Grundlage für eine »vergleichende Untersuchung über die Theorie und Praxis der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland«. Dahinter steht u. a. auch das politisch-praktische Problem, wie weit wenigstens im europäischen Rahmen die unterschiedlichsten und jeweils historisch gewachsenen Modelle der *Mitbestimmung* und der *participation* vereinheitlicht werden können. »Die grundlegende Frage für die britische Gewerkschaftsbewegung muß ansetzen bei der Problematik, ob bestimmte Mitbestimmungs-Modelle auf ein wesentlich anderes System übertragen werden können, auf ein System, das zudem aufgrund der historischen Entwicklung und eines weiterhin ausgeprägten Klassendenkens gegenwärtig weder quantita-

tiv noch qualitativ die Voraussetzungen für einen einschneidenden Schritt erfüllen zu können scheint«.

Für Panitch drängt sich aus der Nachkriegsentwicklung die nicht minder aktuelle Frage auf, wie weit es auch künftig allen innerparteilichen und -gewerkschaftlichen Flügelbildungen und Radikalisierungstendenzen zum Trotz gelingen wird, einen in sich labilen Grundkonsens zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften — sei es über ›neo-korporative‹ Konzeptionen, über einen ›social contract‹ oder über eine ›konzertierte Aktion‹ — herzustellen und damit das politisch-soziale und ökonomische System der ›mixed economy‹ jedenfalls zeitweise zu konsolidieren, obwohl es heute und wohl auch auf absehbare Zeit nicht mehr wie noch vor zehn Jahren das Faszinosum ungebrochenen Wirtschaftswachstums, expandierender Arbeitsmarktkapazitäten und scheinbar endlos steigender Reallöhne aufzuweisen hat. »And in view of the functional role Labour has played in the integration of the working class, to speak of the crisis of the Labour Party is, to a significant extent, really to speak of the crisis of British capitalism itself«.

Der weite Bogen des historiographischen Abrisses zur englischen Sozialgeschichte von den gesellschaftspolitischen und arbeitsrechtlichen Problemen der frühindustriellen Periode über den ›New Unionism‹, den Kriegssozialismus im Ersten Weltkrieg, den Generalstreik 1926 bis hin zu den einkommenspolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte hat sich geschlossen; die Betrachtung mündete schließlich in prognostische Mußmaßungen über die Zukunft der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. »Wartet nur«, hielt mir einmal schmunzelnd ein führender Vertreter des Arbeitgeberverbandes CBI (Confederation of British Industries) auf dem Höhepunkt der Preisinflation entgegen, »wir in England durchleben bereits jetzt im Vorwege die ökonomische Krise, die Euch auf dem Kontinent noch heimsuchen wird, und dann werden wir schon die Rezepte für eine Bewältigung erprobt haben!« Möge er recht behalten!